

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Solidarität in ganz Europa

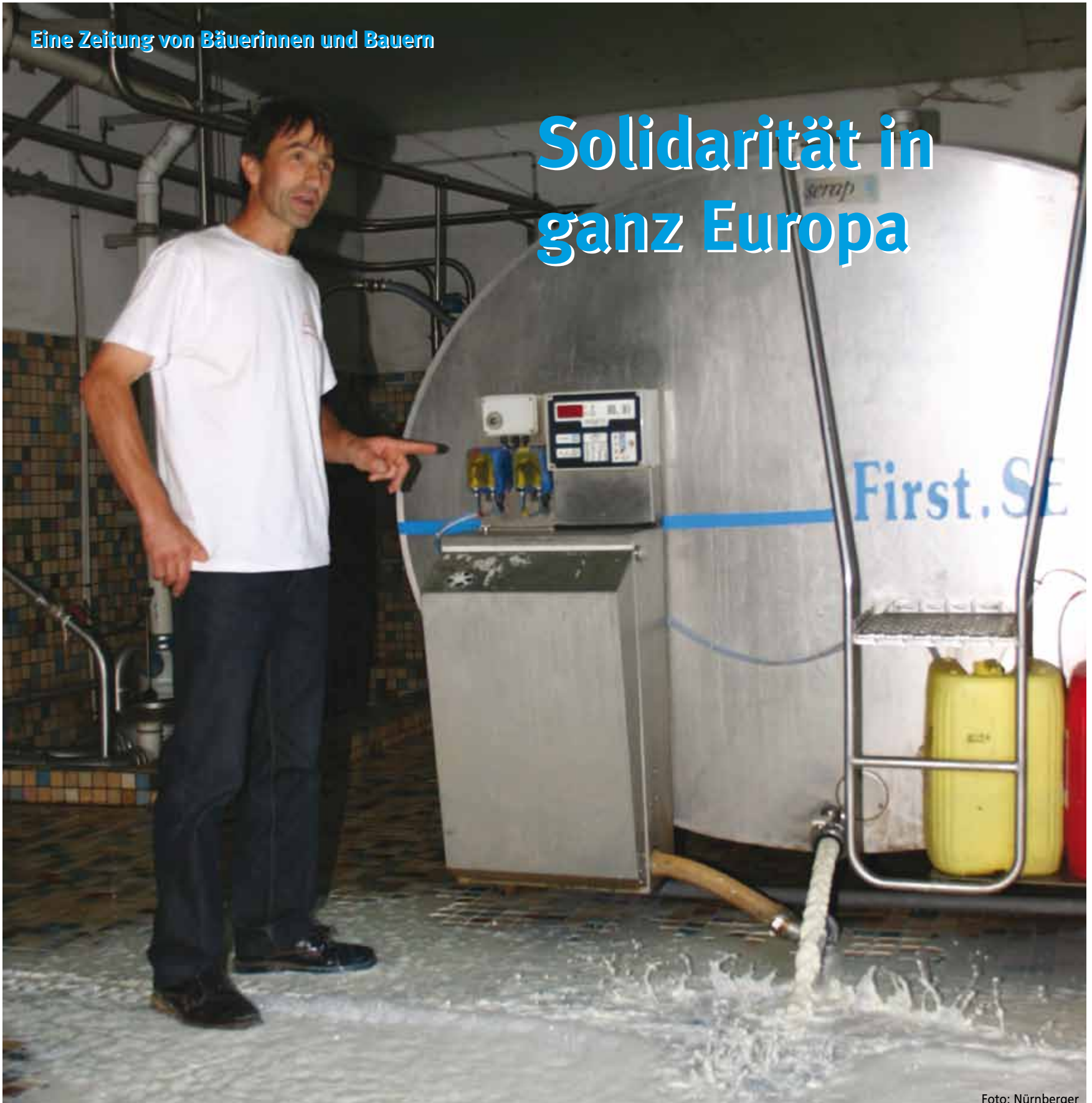


Foto: Nürnberger

Milch

Der europäische Bauernaufstand 2009 für eine flexible Mengensteuerung bringt Tausende von Milchbauern und Milchbäuerinnen in Bewegung. Mit vielfältigen Aktionen und Streiks in ganz Europa. Der Kommentar, Berichte und Fotos auf den **Seiten 2, 12-17 und 28**

Gentechnik

Die neue Bundesregierung wird auf eine starke Anti-Gentechnik-Bewegung treffen, die gerade Erfolge feiert: gewonnene Gerichtsverfahren in Verunreinigungsfällen, Round up verliert an Durchschlagskraft, Feldbefreier sind wieder frei. Das und weiteres auf den **Seiten 20-21**

Märkte

Die Bewegung bleibt gefragt, weil sich agrarindustrielle Strukturen weiter etablieren, ob bei der Flächenvergabe im Osten oder im ökologischen Landbau. Zur optimierten Arbeit vernetzen sich die Initiativen gegen eine industrielle Massentierhaltung, auf den **Seiten 4, 10, 18**

Die Seite 3

Der Union laufen die Bauern weg. 3

Agrarpolitik

Netzwerk gegen Agrarfabriken. 4

„Marktgestaltung statt Marktgläubigkeit“ 5

Solidarität ist oberstes Gebot 5

Von Gorleben nach Berlin 6

Industrielle profitieren weiter 10

Die Mühen der Landreform 11

Hofportrait

Generationswechsel bei Gorleben 7

Bewegung

Pfarrer Siegfried Pfeiner zum Erntedank 8

Schwerpunkt

Kämpferische Tage verzweifelte Taten. 12

„Der Milchlieferstop ist unsere einzige Chance“ 13

Bilder und Eindrücke aus ganz Europa 14/15

Politik reagiert – aber bisher anders, als notwendig. 16

Schwachsinn hoch drei 17

Märkte

Bio hat mehr zu verlieren als Marktanteile. 18

Stressfreies Schlachten auf der Weide. 22

Nachbau

Die Macht von Europlant, Norika, Sarka und Co. 15

Gentechnik

Gentechnik hält schleichend Einzug. 20

Vielfalt ernährt die Welt. 21

„Horrorvision“ Ackergras-Resistenz. 21

Weitere Themen

Aus Stall, Feld und Umfeld zu Besuch bei Annemarie Duske und Johanna Besier, Seite 9; Leserbrief, Seite 22; Lesen, Seite 25-25; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 26-27

Inhaltsverzeichnis

Europas Milchbäuerinnen und Milchbauern sind sich einig, über Landesgrenzen hinweg. Franzosen und Deutsche, Belgier und Italiener, Niederländer und Österreicher... Eine solche europäische Bauernbewegung hat Europa noch nicht erlebt. Die zweite Etappe läuft. In Deutschland ist es mühsamer als im Sommer 2008. Die Aufbruchstimmung ist diesmal den französischen Kollegen „vorbehalten“. Fest steht aber: Alle Milchviehhalter, die sich mit großartiger Kreativität, Konsequenz und Ausdauer öffentlich für ihre Interessen einsetzen, ziehen bereits an einem Strang. Und viele, die sich – aus welchen Gründen auch immer – nicht öffentlich zeigen, stehen im Herzen an ihrer Seite.

**Kommentar****Marktmacht hilft**

Welche Einigung wünscht sich die alte und neue Kanzlerin da noch, wenn sie die Milcherzeuger und den BDM (Bundesverband Deutscher Milchviehhalter)

ter) nötigen will, sich mit dem Deutschen Bauernverband auf gemeinsame Forderungen an die EU festzulegen? Frau Merkel weiß spätestens seit der Bundestagswahl, dass CDU und CSU bei den Bauern an Zustimmung verlieren, gerade weil die Unionsparteien immer dann, wenn es zum Schwur kommt, dem Bauernverband folgen. Dann wird sogar das Wort gebrochen, wie im Bundesrat vor einem Jahr, als die Zusagen vom Milchgipfel an den BDM allesamt von den Länderministern vom Tisch gefegt wurden. Der Bauernverband und die Milchindustrie wollten es so, und so kam es.

Jetzt haben die Milchbäuerinnen und Milchbauern wiederum einen großen öffentlichen politischen Druck aufgebaut. Die Mittel und Bilder sind diesmal zum Teil härter, weil auch die Lage der Milchbetriebe härter, ja katastrophal ist – auch wegen der politischen Beschlüsse vom letzten Jahr. Just zu dem Zeitpunkt, als die „Milch-Güllefüßer“ diese existenzbedrohende Situation auf allen Bildschirmen sichtbar machten, distanzierte sich der Bauernverband. Er hat sich 2008 als Streikbrecher betätigt und tut es diesmal wieder. Dieser Bauernverband vertritt eben die Interessen der Milchindustrie und nicht die Interessen der Bauern. Er versucht, den öffentlichen Druck, den die Milchviehhalter hart und gegen seinen Widerstand aufbauen, für seine Ziele zu instrumentalisieren.

Wir fordern klare politische Beschlüsse, die es den Milchbauern ermöglichen, die Menge an den schwankenden Bedarf anzupassen. Das ist eine Voraussetzung, damit sich ein fairer Milchpreis einstellt. Der DBV stellt sich dagegen und fordert mehr Staatsgelder für noch mehr Lagerhaltung und Exportdumping. Dabei liegen schon 5 % der gesamten EU-Jahresmilchmenge auf Halde. Ein Viertel der Jahresproduktion an Milchpulver hat die EU schon aufgekauft. Das ist aber keine Hilfe für die Bauern, sondern stärkt die Marktmacht der Milchindustrie gegen die Bauern. Lagerung reduziert keine Menge, sondern ist ein Druckmittel gegen anziehende Marktpreise: Sobald die Preise stärker steigen, als es den Exportinteressen der Milchindustrie genehm ist, werden Lagermengen auf den Markt gedrückt und der Preis sinkt wieder.

Notwendig ist nicht mehr Steuergeld, sondern endlich ein europäischer Rechtsrahmen, der es den Bauern und Bäuerinnen ermöglicht, eine eigenständige Kraft am Markt zu entwickeln. Bisher stehen die Bauern der Milchindustrie ohnmächtig gegenüber. Sie können nicht mitreden über den Preis, geschweige denn verhandeln. Sie können nicht mitreden bei der Menge. Die zu hoch angesetzten Quoten und die Saldierung machen es den Bauern unmöglich, die Überschüsse durch ein koordiniertes Absenken der Erzeugung abzubauen und neue Überschüsse zu verhindern. Selbst auf die qualitative Ausrichtung der Milchwirtschaft haben sie keinen gestaltenden Einfluss.

Für all das fehlt es den Milcherzeugern an der notwendigen Verhandlungsmacht. Niemand will, dass nun statt Handel und Milchindustrie alleine die Bauern Preis, Menge und Qualität bestimmen. Aber es muss aufhören, dass nicht mit ihnen, sondern gegen sie entschieden wird.

Der Schlüssel für diese notwendige Verhandlungsmacht liegt darin, dass sich die Bauern den direkten Einfluss auf die Menge sichern. Der erste Schritt ist die Abschaffung der Saldierung und ein begrenztes Zurückfahren der Milchquoten, national und auf EU-Ebene. Der zweite Schritt ist, dass sich die europäischen Milcherzeuger mit ihrer Milch weiter bündeln, so wie es mit dem Milchboard nach deutschem Marktstrukturgesetz schon möglich und eingeleitet ist.

Die Politik handelt nur dann für uns Bauern, wenn wir unsere Interessen selbst kraftvoll wahrnehmen. Das ist anstrengend, aber wichtig für unsere Würde. Außerdem macht das Melken anschließend mehr Spaß. Wir freuen uns auf die nächsten Etappen!

Maria Heubuch und Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf,
AbL-Vorsitzende

Impressum

b unabhängige
auernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 3171, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Marlene Herzog: 02381-492289; Marcus Nürnberger: 02381-492220; Claudia Schievelbein: 02381-9053173

Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Anneke Jostes
Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung:
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich

Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Der Union laufen die Bauern weg

Historische Ergebnisse bei der Bundestagswahl als Ausdruck gesellschaftlicher Veränderungen

Deutschland hat gewählt und wird zukünftig von einer schwarz-gelben Koalition unter Führung von Kanzlerin Angela Merkel regiert. Zugrunde liegt dem ein in mehrerlei Hinsicht als „historisch“ bezeichnetes Wahlergebnis: die Union (CDU/CSU) verliert an Zustimmung und landet mit 33,8 Prozent im Stimmteufel und die CSU in Bayern mit für sie katastrophalen 42,6 Prozent auf ihrem historischen Tiefpunkt, ebenso wie die SPD, die „erdbebenartig“ auf 23 Prozent abstürzt, während Grüne (10,7%), Linke (11,9%) und FDP (14,6%) ihr jeweils bestes Ergebnis aller Zeiten erzielen.

Union verliert bei Bauern

Eine Erklärung für die Verluste von CDU/CSU lautet: Der Union laufen die Bauern und Bäuerinnen weg. So kommt die Forschungsgruppe Wahlen in ersten Wahlanalysen zu dem Ergebnis, dass die CDU/CSU in dieser Zielgruppe gegenüber der letzten Bundestagswahl rund sieben Prozent eingebüßt hat und damit bei den Bauern und Bäuerinnen deutlich mehr verloren hat als im Bundestrend (-1,4 %). Offensichtlich, so die Forschungsgruppe, haben die Bauern ihre Unzufriedenheit über die schlechten Preise und den unklaren Kurs in der Milchpolitik vor allem bei der Union abgeladen.

Das zeigt sich insbesondere in Bayern oder auch Baden-Württemberg. „Unmut, Wut und Unzufriedenheit“ hat Horst Seehofer „in der letzten Zeit“ insbesondere bei den Milchbauern wahrgenommen und zielt damit auf den Milchlieferboykott und die anderen Aktivitäten des Bundes Deutscher Milchviehhalter (BDM), der die Bauern und Bäuerinnen dazu aufgerufen hatte, den Wahltag zum Zahltag zu machen. Eine Umfrage für den BDM hatte zuvor bereits ergeben, dass nur noch 23 Prozent seiner Mitglieder CDU oder CSU wählen würden. So führen auch Landwirtschaftsministerin Aigner und der Parlamentarische Staatssekretär im BMELV Müller, beide CSU, in ihren Wahlkreisen deutliche Verluste ein.

Vergebens umworben

Dabei war die Union in diesem Wahl-

kampf in schon lange nicht mehr gekanntem Ausmaß auf die Bauern zugegangen. Großflächenplakate mit Ministerin Aigner versprachen eine „Zukunft“ für „unsere Bauern“. Noch kurz vor der Wahl lädt Kanzlerin Merkel zu einem weiteren Milchgipfel und die CSU erklärt, dass für sie „eine wichtige Bedingung für die Bildung einer neuen Regierung“ ist, „dass die bäuerliche Landwirtschaft erhalten bleibt“ und „das Thema Milchwirtschaft nicht nur formal zur Chefsache erklärt wird“. Genutzt hat diese „Schaumschlagerei“,

lichen Raums und der Landwirtschaft werden eben nicht mehr 1:1 durch Union und Bauernverband abgedeckt. Das zeigt sich exemplarisch im Milchbereich, wo die Vorstellungen des DBV und des BDM „konträr“, so der BDM, aufeinandertreffen.

„Kleine“ ganz „groß“

Abgewandert sind die Bauern in Richtung Nichtwähler, Grüne, Linke und FDP. Zumindest liegt diese Annahme nahe, wenn man in Regionen schaut, in denen Bauern und Bäuerinnen ihre In-

DBV-Vizepräsidenten Udo Folgart (siehe letzte *Bauernstimme*) in sein Kompetenzteam bei den Bauern und Bäuerinnen zu punkten. Folgart hatte sich durch seine Befürwortung von grüner Gentechnik und Massentierhaltung beizeiten selbst aus der gesellschaftlichen Debatte katapultiert, konnte seinen Wahlkreis bei der gleichzeitig mit der Bundestagswahl stattfindenden Landtagswahl in Brandenburg jedoch gewinnen.

Regierung an den Fakten messen

In den anstehenden Koalitionsverhandlungen trifft der von der Union, von CDU und CSU gemeinsam in ihrem Wahlprogramm für den Bereich Landwirtschaft propagierte „Weg der Marktorientierung“ und der „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“ auf die FDP, die eine „marktwirtschaftliche Umorientierung“ der Agrarpolitik zugunsten einer „unternehmerischen Hightech-Landwirtschaft“ einfordert, wozu auch der Einsatz der grünen Gentechnik zu zählen ist. Union und FDP wollen auch „die Probleme der Milchbauern“ lösen. Von der CSU waren vor der Wahl Forderungen nach einer wirksamen Milchquote zu hören, die die FDP ablehnt.

«Wir messen die Regierung an Fakten und Taten, nicht an Gesprächsangeboten», hat der BDM-Vorsitzende Romuald Schaber mit Blick auf den anstehenden Milchgipfel noch kurz vor der Wahl geäußert. Mit Blick auf die alte und auch zukünftige Kanzlerin hegt der BDM aber durchaus Hoffnung. „Sie hat begriffen, dass sich in der Landwirtschaftspolitik etwas tun muss“, heißt es dort.

Darüber hinaus gilt, was der Bundespräsident bei der diesjährigen Übergabe der Erntekrone in Berlin äußerte: „Angesichts der verfallenden Erzeugerpreise und den damit einhergehenden Existenzängsten müssen die Bauern verstärkt für ihre Interessen kämpfen.“ Diejenigen Bäuerinnen und Bauern, die ihr Schicksal bereits in die eigenen Hände genommen und mit ihren Belangen an die Öffentlichkeit gegangen seien, hätten seine Sympathie.



Offenbar erfolgreich: Milchbauern mobilisieren gegen die CDU.

Foto: Nürnberger

so ein BDM-Vertreter, nicht. Die Bauern und Bäuerinnen haben der Union zahlreich den Rücken gekehrt wie schon bei der Europa- und der letzten Landtagswahl, bei der die CSU bereits bis zu 50 Prozent ihrer Wähler bei den Bauern und Bäuerinnen verloren hatte. „Dieses Milieu bröckelt“, so ein CSU-Vertreter. Für Seehofer auch Ausdruck „grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen“. Die Interessen des länd-

teressen selbst in die Hand genommen und artikuliert haben, wie zum Beispiel in den BDM-Hochburgen Süddeutschlands. Dort stehen den Verlusten der Union (und auch der SPD) über dem Bundesdurchschnitt liegende Gewinne der sogenannten „kleinen“ Parteien gegenüber.

Ohne Erfolg blieb der Versuch des Kanzlerkandidaten Franz Walter Steinmeier, über die Berufung des

Tierschutzpläne der EFSA

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat aufgrund des „Aktionsplans Tierschutz“ der EU-Kommission in einem Gutachten über die Rinderhaltung die vier Problembereiche Erkrankungen des Bewegungsapparats, Euterkrankheiten, Stoffwechsel- und Verhaltensstörungen untersucht, auch im Hinblick auf fehlenden Platz in Boxenlaufställen, Gesundheitsprobleme durch Liegeboxen und eine nicht auf das Wiederkäuen abgestimmte Fütterung. Sie plädiert in einem Gutachten dafür, über verbindliche Standards folgende Veränderungen für alle Kühe durchzusetzen: Sommer-Weidegang, Anbindehaltung nur mit täglichem Auslauf, bessere Klauengesundheit bspw. in Tiefstreu statt in Laufställen, Kalbe-Intervalle von 15 Monaten, Zucht auf Resistenz gegen Klauenkrankheiten und Mastitis sowie für bessere Fruchtbarkeit und längere Nutzungsdauer, verstärkte Kontrollen auf Eutergesundheit. Die EU-Kommission wartet mit der Beratung, bis die Tierschutzempfehlungen des Europarats vorliegen. *pm*

Hähnchen-Kadaver und Biogas

Der Landkreis Emsland hat vor kurzem die Einbringung von Hähnchenmist in Biogasanlagen mit Hinweis auf die EU-Hygiene-Verordnung von 2002 untersagt: Danach darf zwar Gülle („Exkremente und/oder Urin von Nutztieren, mit oder ohne Einstreu“) in Biogasanlagen genutzt werden, aber nicht Hühnerkot aus agrarindustriellen Ställen als „Mischung aus Gülle und verendeten Tieren“. Die „in hiesigen Masthähnchenställen anfallende Gülle enthalte regelmäßig auch Körper verendeter Tiere, trotz des Absuchens der Ställe. Mittlerweile musste der Landkreis vorerst die Biogas-Erzeugung durch Hähnchenmist dulden, weil das niedersächsische Agrarministerium in Abstimmung mit dem Bundesagrarministerium nunmehr in einer bundesweiten Regelung dem Hähnchenmist die „Sortenreinheit“ unter bestimmten Umständen bescheinigt: wenn Tierkörper „praktisch unvermeidbar“ seien, trotz täglicher intensiver Kontrolle und keinem absichtlichen Liegenlassen oder bewusstem Zuführen toter Tiere und einer Kontrolle des Mistes vor der Abgabe an eine Biogasanlage. *en*

Agrarindustrie-Festredner Hilse

Als Festredner beim 50. Firmenjubiläum der Meppener Rothkötter/Fleming-Gruppe trat kürzlich der Bauernverbands-Vizepräsident Werner Hilse auf. Er prognostizierte der Hähnchenmast und damit der Firma eine „gute Perspektive“. Rothkötter gehört nicht nur zu den zehn größten deutschen Mischfutter-Herstellern, sondern baut systematisch Geflügelschlachtereien auf, je Schlachthof außerdem 50 landwirtschaftliche Lieferanten. Diese Lieferanten sind Landwirte, die von Rothkötter Futter und Tiere beziehen, die auch beim Absatz vom „Integrator“ Rothkötter abhängig sind und die trotzdem das Risiko und die Stallbaukosten tragen. Ein großer Teil bekommt seine Arbeit bei dieser lohnmastähnlichen Konstruktion nicht bezahlt. Festredner Hilse dürfte eine besondere Nähe zu diesem agrarindustriellen Unternehmen haben, weil er – gemeinsam mit anderen Bauernverbandsfunktionären – in eine große Putenmastanlage in Sachsen-Anhalt investiert hat. *en*

Rauskauf

Kanadas Regierung reagiert auf die Schweinefleisch-Überschüsse und die ruinösen Schweinepreise mit Absatzförderung, Kreditbürgschaften, Prämien bei Berufswechsel und längerfristigem Leerstellen der Ställe. *pm*

Shell zerstörte Nahrungsgrundlagen

Der Shell-Konzern hat unter dem Druck der Weltöffentlichkeit 16 Millionen Dollar an die Hinterbliebenen des nigerianischen Bürgerrechtlers Ken Saro-Wiwa gezahlt, der 1995 mit acht Mitstreitern von der nigerianischen Militärjunta gehängt wurde. Seine „Bewegung zum Überleben des Ogoni-Volkes“ hatte sich dagegen gewehrt, dass der Ölkonzern ihre Fischgründe im Nigerdelta und die Ackerböden zerstörte und verschmutzte und so katastrophale Not und Armut verursachte. Shell wies den Vorwurf zurück, die Junta bei ihren Menschenrechtsverletzungen, Folterungen und Hinrichtungen ermuntert und unterstützt zu haben. *pm*

Kurzes am Rande

Netzwerk gegen Agrarfabriken

Eine Welle der Agrarindustrialisierung geht durch Deutschland und Europa

Während die Käfighaltung ihren Zenit überschritten hat und auch der sogenannte „ausgestaltete“ Käfig angesichts des Boykotts von Verbrauchern und Handelsketten nur noch geringe Chancen hat, suchen Integratoren wie „Wiesenhof“ und Rothkötter immer neue Investoren für neue Hähnchen-Stallanlagen, bauen deutsche und niederländische Schweinebarone riesige Mega-Anlagen.

Gegen diese tierquälerischen und umweltbelastenden Agrarfabriken, die ein Vielfaches an bäuerlichen Arbeitsplätzen vernichten, wehren sich mittlerweile Hunderte von Bürgerinitiativen und zunehmend auch Landwirte, Gemeinden und Landkreise – vor allem im agrarindustriell hochbelasteten Süddoldenburg/Emsland, in Nordrhein-Westfalen, in Ostdeutschland und auch an vielen bisher nicht agrarindustriell betroffenen Standorten.

Bisher kämpfte jede dieser Initiativen weitgehend allein, trotz erster Aktionsbündnisse bspw. in NRW und Sachsen-Anhalt. Eine bundesweite Vernetzung ist dringend angesagt. Auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) trafen sich nun am 25.9. etwa 30 Bürgerinitiativen in Magdeburg, um eine gemeinsame Plattform zu erarbeiten, weitere Bündnispart-

ner zu gewinnen und erste gemeinsame Aktionen zu planen.

Unter dem Motto „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ will das Netzwerk gemeinsam mit Bauern-, Umweltschutz-, Tierschutz-, Kirchen-, Regional-, Dritte-Welt- sowie gentechnik- und globalisierungskritischen Organisationen zusammenarbeiten. Koordiniert wird das Netzwerk gegen agrarindustrielle Massentierhaltung und Agrarfabriken von der AbL, dem BUND und dem Nutztierschutz-Fachverband PROVIEH sowie von Vertretern von Bürgerinitiativen aus Ost und West. Bereits für Januar 2010 werden erste bundesweite Aktionen vorbereitet. Sie zielen auf die Verhinderung von Agrarfabriken und eine europaweit tierechte und bäuerliche Landwirtschaft, deshalb auch auf neue gesetzliche Regelungen, bessere Einflussmöglichkeiten der Bürgerinitiativen, einen bewussteren Konsum und die Verhinderung von subventionierten Überschuss-Exporten.

„Bundesweit formieren sich zunehmend mehr Bürgerinitiativen gegen die Industrialisierung der Tierhaltung. Von heute an sind sie in einem starken Bündnis organisiert“, so Sprecher der Bürgerinitiative im brandenburgischen Hassleben, Gert Müller. In Hassleben ist eine Schweinehaltung mit rund 70 000 Tierplätzen geplant.

en



Durchgestylt, aber nichts für Schweine, die sich auch mal nach grüner Wiese und blauem Himmel sehen.

Foto: Big Dutchman

Großanlagen-IVU neu

Auf Großanlagen im Bereich der Tierhaltung kommen voraussichtlich neue EU-Regelungen zu: Die Kommission will sechs bisherige Richtlinien zur Luftreinhaltung mit der Richtlinie zur Genehmigung von Industrieemissionen (IVU-Richtlinie) zusammenfassen. Dabei sollen die bisherigen IVU-Mindestgrößen bei der Genehmigung von Tierplätzen (2.000 Mastschweine, 750 Sauen, 40.000 Geflügel) bei Geflügel herabgesetzt werden (30.000 Hennen, 24.000 Enten, 11.500 Puten). Auch die Ausbringung der Gülle dieser Großanlagen soll von der neuen IVU-Richtlinie erfasst werden. *pm*

Wissenschaftler appellieren:

„Marktgestaltung statt Marktgläubigkeit oder Marktvereinnahmung“

Als Reaktion auf die jüngsten Entwicklungen auf den Märkten und hier insbesondere auf den Agrarmärkten rufen über 50 Wissenschaftler mittels einer Resolution zu einer zukünftig verantwortungsvolleren Marktgestaltung auf. Die aktuelle Weltwirtschaftskrise wurde durch Spekulationen der Investmentbanken ausgelöst. In ihrer Dimension und Wirkmächtigkeit wurde sie aber erst möglich durch die Marktgläubigkeit der Wissenschaft und der Politik sowie durch die Tendenz, im Namen der Marktfreiheit ungleiche Freiheiten für die Marktteilnehmer zu erzeugen.

In Statements von Agrarökonomen dazu wird behauptet, „die Milchbranche“ sei „im freien Markt angekommen“. Zur Milchbranche gehören die Milchbauern. Diese befanden und befinden sich nach wie vor in einem massiven Abhängigkeitsverhältnis. Sie bekommen einen Milchpreis einseitig und rückwirkend von den Molkereien überlassen. Vom „freien Markt“ kann daher keine Rede sein. Die Modellvorstellung von polypolistischen Anbieterstrukturen, die auf eine große Zahl von Nachfragern treffen, hat

nichts mit der Praxis gemein. Im Milchsektor liegen stufenförmig angelegte Strukturen vor. Die dort Beteiligten divergieren in Bezug auf ihre Anzahl und ihre Umsatzstärke enorm: Ca. 100.000 Milchbauern stehen ca. 100 Molkereien und diesen wiederum wenige Handelsketten gegenüber. Die Milchbauern sind in dieser Struktur abhängige Rohstofflieferanten.

Die Unterzeichner fordern daher:

- eine verantwortungsvolle realitätsnahe Marktgestaltung, durch die die Wiederaufstellung der Landwirte als gleichwertige Marktteilnehmer möglich wird,
- die Aufgabe der statischen Vorstellung vom Markt als Preisfindungsmechanismus, die mit der Auffassung einhergeht, sich in die Preisentstehung nicht „einzumischen“ – Märkte sind dynamisch und daher ständig zu regeln,
- die Bevorzugung starker Marktteilnehmer, realisiert durch das einseitige Setzen auf eine *economie of scales* (Quantität) ohne das Pendant einer Ökonomie der Kreierung von Neuem (Qualität), wodurch Oligopole immer weiter gefördert werden,

- das Beenden der Bevorzugung immer erfolgreicherer einzelbetrieblicher Effizienz bei gleichzeitigem Abwälzen der Folgekosten auf die gesamte Gesellschaft,

- das weitere Vorantreiben der derzeitigen Form des Welthandels mit Agrarprodukten unter Berufung auf das Modell der komparativen Kostenvorteile, wofür in der Praxis die Voraussetzungen fehlen und wodurch es zum ungleichen Handel zugunsten der Industrieländer kommt mit den unverantwortlichen Folgen der Zerstörung der Subsistenzstruktur in diesen Ländern. 70 Prozent aller Hungernden der Welt sind Kleinbauernfamilien und Landarbeiter!

Verantwortungsvolle Marktgestaltung bedeutet nicht „mehr Freiheit des Marktes“, sondern „mehr Freiheit ALLEN Marktteilnehmern.“ Die Unterzeichner appellieren an alle, die immer wiederkehrenden Statements von der „Freiheit der Märkte“ kritisch zu hinterfragen. Dies ist der erste Schritt zur Beendigung der „Regelung der Märkte im Namen der Nichtregelung“.

pm

Solidarität ist oberstes Gebot

Die Upländer Bauernmolkerei leistet einen eigenen, kreativen Beitrag zur Mengenanpassung

„Die katastrophalen Preise, die die europäischen Milcherzeuger seit Monaten erhalten, bedeuten das Aus für den Großteil der bäuerlichen Milchviehbetriebe. Dagegen muss man sich wehren“, sagte Josef Jacobi, Milchbauer und Vorsitzender der Upländer Bauernmolkerei. Was aber machen, wenn man schon einen „fairen“ Preis hat, die Strukturen transparent und demokratisch sind, man aber trotz eigener Absatzwege ein Teil des ganzen Systems ist. Dass fragten sich, wie vor einem Jahr, die Betreiber und Lieferanten der Upländer Bauernmolkerei. Aus Solidarität mit ihren streikenden Kollegen in ganz Europa beteiligten sie sich zwei Tage am Milchstreik. Dabei nutzte man die Infrastruktur und verarbeitete die Milch zu Milchpulver und Butter. Während das Milchpulver für soziale Projekte in Afrika gespendet wurde, wird die Butter sozialen Projekten in Deutschland zur Verfügung gestellt. Bereits im Juni hatten die Lieferanten der Upländer Bauernmolkerei beschlossen, dass für die überschüssige Milchmengen, die der Markt nicht zu fairen Preisen abnimmt, ein deutlich geringerer Preis gezahlt wird, und zwar zu dem Erlös am so genannten „Spotmarkt“, also dem Handel zwischen Molkereien. Damit setzten die Milcherzeuger sich selbst Anreize, ihre Anlieferungen zu reduzieren. Es geht dabei um die

Übermenge, die sich zusammensetzt aus verschiedenen politisch beschlossenen faktischen Erhöhungen der Milchquoten seit 2008 von insgesamt 5 Prozent.

Die Upländer riefen die politischen Verantwortlichen in Bund und Ländern auf, ihrerseits alle vorhandenen Möglichkeiten der Mengensteuerung zu nutzen, um die

notwendige Anpassung der Milchmenge an den tatsächlichen Bedarf des Marktes schnellstens zu erreichen. „Es kann nicht sein, dass Tausende Milchviehbetriebe dicht machen müssen, nur weil die vorhandenen Instrumente nicht genutzt werden. Das ist unverantwortlich“, so Josef Jacobi abschließend.

mn



Gruppenfoto der solidarischen Milchbauern und Molkereibesitzer.

Foto: Upländer Bauernmolkerei

Billigmilch-Verwertung

Eher zynische Überlegungen zur Verwertung billiger Überschuss-Milch stellt die WELT in ihrer Rubrik „Zippert zappt“ an: Es werde überlegt, die Milch in die Trinkwassernetze einzuspeisen, so dass Hotels dann Zimmer mit fließend kalter und warmer Milch anbieten könnten. Man könne aber auch – analog zur Vermarktung von Wein – gezielt „Jahrgangsmilch“ von bestimmten Bauernhöfen anbieten und 30 Jahre alte „H-Milch vom Fass“ oder auch Trockenmilch aus dem Milchhaus aus dem Milchhaus. pm

Großmolkereien

Nestle, Danone, Lactalis, Arla und FrieslandFood (incl. Campina) sind die größten Molkereien in der EU. In Deutschland dominieren Humana, Nordmilch, Müller, Hochwald und Hochland. So eine Ernährungsdienst-Zusammenstellung für 2007. pm

Von Gorleben nach Berlin

Der Atommüll sollte direkt in der Hauptstadt, genau vor den Augen der Politiker sichtbar werden

Welternährung Öko und Fair

Kleinbauern und deren Familien in Entwicklungsländern profitieren vom Ökologischen Landbau und dem Fairen Handel. Das ist das Ergebnis einer Studie der Universität Kassel und dem Deutschen Institut für Tropische und Subtropische Landwirtschaft GmbH (DITSL) in Witzenhausen, die kürzlich erstellt wurde. Die Studie mit dem Titel „Ökologischer Landbau und Fairer Handel in Entwicklungsländern“ zeigt eindeutig, dass der Öko-Landbau und der Faire Handel viele positive Aspekte im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung in den Ländern des Südens haben, so Dr. Christian Hülsebusch, Geschäftsführer des DITSL. Auftraggeber der Studie sind Naturland und der Weltladen-Dachverband. „Anstatt Milliarden in die Agro-Gentechnikforschung zu stecken, muss die Politik in eine weltweit nachhaltige und produktive Landwirtschaft mit fairen Handelsbeziehungen investieren“, so ihre Forderung. Hans Hohenester, Landwirt und Vorsitzender des Naturland Präsidiums, ist sich sicher: „Landwirtschaft nach den Prinzipien des Öko und Fairen Landbaus ist die Produktionsmethode der Zukunft und kann die Weltbevölkerung ernähren.“ mh

Zwischen 40 und 50 tausend Menschen, vielleicht sogar noch mehr, haben sich an der bunten Abschlussdemonstration des Atomtrecks getroffen. Die Route führte vom Hauptbahnhof vorbei an der Charité und dem Kanzleramt bis zum Brandenburger Tor. Schon gegen Mittag waren die Schlepper ins Zentrum Berlins gefahren, nachdem man sich am Abend zuvor am Wannsee gesammelt hatte. Teilweise waren die Fahrer schon eine ganze Woche unterwegs. Als Auftakt zur großen Demo in Berlin hatte der Anti-Atom-Treck in der vorangegangenen Woche mit zum Schluss 350 Schleppern, alle Atommülllagerstätten angefahren, um auf die Probleme des strahlenden Mülls hinzuweisen. Auf ihrer Tour hatten sie den Lagerstätten für radioaktiven Müll in Morsleben, Asse, Gorleben und Schacht Konrad einen Besuch abgestattet und mit Kundgebungen auf die Gefahren aufmerksam gemacht.

In guter Tradition

Im Internet konnte man sich einstimmen. Mit einem Filmdokument, das den ersten Treck vor über 30 Jahren aus dem Wendland nach Hannover zeigt. Damals regnete es und war kalt. Kein gutes Demowetter, dennoch waren die Straßen und Plätze voll. Damals ein riesiger Erfolg. Nicht nach Berlin war man gefahren, sondern nach Hannover. Zum Landesvater Ernst Albrecht, der in Gorleben, damals noch im Grenzgebiet zur DDR, das deutsche Endlager für hochradioaktiven Atommüll bauen wollte. Schon damals war die Informationspolitik alles andere als gut, was Heinrich Pothmer als Vertreter der bäuerlichen Notgemein-

schaft so zusammenfasste: „Man kann vielleicht einen Teil eines Volkes belügen. Man kann vielleicht sogar einen Teil eines Volkes belügen und betrügen. Aber niemals kann man ein ganzes Volk belügen und betrügen. Auch nicht das Volk des Wendlands.“

Der Kampf lebt weiter

Die Zeit ist weitergegangen. 30 Jahre später bereitet die Atomkraft noch immer viele Probleme und beängstigt einen Großteil der Bevölkerung. Doch der Widerstand hat Früchte getragen. Eine Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf war geplant und wurde dennoch nie gebaut. Auch viele Projekte der Atomlobby sind über das Planungsstadium nie hinausgekommen. Auch eine der teuersten Bauruinen, der schnelle Brüter in Kalkar, der fast betriebsbereit nie Strom produzieren wird, geht auf das Konto der Atomwirtschaft. Alles gut sollte man meinen. Atomkraft Nein Danke! Hat die Gesellschaft durchdrungen. Jeder hat's kapiert. Sogar die Politiker haben gemeinsam mit den Energieunternehmen ein Ende der Atomenergie vereinbart. Und doch bot die jüngste Vergangenheit gleich mehrfach Grund zur Sorge. Immer wieder kam es in den vergangenen Monaten und Jahren zu Zwischenfällen in den Anlagen, die nach Aussage der Betreiber zu den sichersten weltweit gehören sollen. Im Kernkraftwerk Krümmel brennt über mehrere Tage ein Transformator. Nach über einem Jahr Reperaturarbeiten fängt kurz nach der Wiederinbetriebnahme ein zweiter Transformator Feuer. Man kann davon ausgehen, dass dies weder geplant noch erwartet war. Wie verlässlich aber ist eine Technik, bei der es zu derartig schweren

und überraschenden Störfällen kommt. Auch wenn diesmal keine Radioaktivität ausgetreten sein mag. Mit der Radioaktivität kämpfen dafür die Betreiber des Bergwerks Asse II. Der Salzstock galt immer als das Musterbeispiel für eine Lagerung radioaktiven Abfalls in Salzstöcken. Dabei wurde in der Theorie davon ausgegangen, dass sich das Salz des Salzstocks wie ein Mantel um den radioaktiven Müll legt. Gleichzeitig wurde und wird von den Befürwortern dieser Lagerungsmethode ein Zufluss von Wasser und damit die Bildung von Salzlaugen, die sich unkontrolliert im Salzstock bewegen, stets bestritten. Genau dies aber ist in der Asse II der Fall. In der Folge des Kontakts mit dem radioaktiven Müll ist auch die Salzlauge radioaktiv belastet. Allen Vorhersagen zum Trotz.

Doch nicht nur diese Zwischenfälle, Unfälle einer nicht zu beherrschenden Technik hatten die Menschen aktiviert. Es waren auch die anstehenden Wahlen. Die inzwischen gewählte Schwarz-Gelben Koalition, so scheint sicher, lässt die Atomwirtschaft jubeln. Sowohl eine Genehmigung Gorlebens als Endlagerstandort als auch ein Ende des Atomausstiegs sind jetzt möglich. Und das, obwohl inzwischen öffentlich wurde, dass die Bundesregierung schon unter Helmut Kohl ganz massiv auf die zuständigen Wissenschaftler einwirkte, um zu erreichen, dass die kritischen Punkte, die den Salzstock Gorleben als Endlager gefährden, keine Erwähnung finden. Der große Widerstand in der Bevölkerung lässt hoffen, dass es nicht zu einem einfachen Durchmarsch kommen wird. Wachsam bleiben und Niemals aufgeben!

mn



Viel Sonne und Wind. Ein Tag für regenerative Energien. Über Dreißigtausend demonstrierten vor dem Brandenburger Tor gegen Atomkraft. Foto: Nürnberger

Generationswechsel bei Gorleben

Auf dem Biohof der Familie Pothmer im Wendland gehen Eltern und Kinder gemeinsam eigene Wege

Die Stimmung ist gut – eben hat die Mannschaft vom Kartoffelroder mit ihrem wohlverdienten Schnaps angestoßen, aus dem Kuhstall dringt gedämpftes Mampfen, im Hintergrund signalisiert die Kartoffelscheunenlüftung: Feierabend für heute. Aufgeräumt kommen die Pothmers an den Küchentisch zum Abendbrot: Heike und Heinrich, beide mit der zufriedenen Gelassenheit, die einem ein langer Tag, an dem alles mehr oder weniger gut geklappt hat, beschert und der vielleicht symptomatisch für viele Lebensstage und Jahre ist. Und dazu kommen ihre großen Jungs, die eigentlich schon richtige Männer sind. Fritz, 25, der seit April 2009 wieder ganz zurück auf dem Hof ist, angestellt mit der Perspektive, den Betrieb in ein paar Jahren zu übernehmen. Man merkt ihm ein bisschen die Mischung aus Gestaltungsraum und Bürde an, die diese Verantwortung mit sich bringt. Und Klaus, 21, der momentan auch auf dem Hof mitarbeitet, eigentlich aber eine Ausbildung zum Landmaschinenschlosser gemacht hat und locker eigene, andere Wege geht.

Apropos Wege: Dreißig Jahre ist es her, seit Heinrich Pothmer sich mit dem Trecker vom Hof im Wendland auf den Weg nach Hannover gemacht hat, um dagegen zu protestieren, dass der verschlafene Ort Gorleben in unmittelbarer Nähe seines nicht minder verschlafenen Heimatdorfes Teichlosen zum „nuklearen Entsorgungszentrum inclusive Wiederaufbereitungsanlage“ gemacht werden sollte. Er hielt eine flammende Rede vor Tausenden Teilnehmern auf der Kundgebung in der niedersächsischen Landeshauptstadt. Jetzt, dreißig Jahre später, stand sein Sohn Fritz am Brandenburger Tor und sprach vor Tausenden. Nicht nur bei den Pothmers findet gerade ein Generationswechsel statt, auf dem Hof, wie auch im politischen Engagement.

Option Bio

Vor dreißig Jahren entwickelte Heinrich Pothmer ein „geschärftes Bewusstsein“. Der Blick auf die Dinge wurde ein anderer durch Gorleben. Als er dann 1984 den elterlichen Betrieb übernahm, wuchs einmal mehr das Unbehagen. „Ich war unzufrieden, wollte nicht dieses ständige Wachsen, einen anderen Umgang mit der Natur, aber es gab auch viel Ratlosigkeit.“ Die Umstellung auf ökologischen Landbau war die Option, die allerdings verbunden war mit der Sorge, es sich nicht leisten zu können.

Als die Milchkooperative Wendland ernsthafte Vermarktungsstrukturen für die ökologisch erzeugte Milch aus der Region aufgebaut hatte, da stellten die Pothmers den Betrieb 1994 schließlich doch um. Ein neuer Stall für die 60 bis 70 Kühe wurde gebaut. Er vereinte die Vorgaben einer artgerechten Tierhaltung mit neuer Futtertechnik. Das und die nun mögliche bessere Tierbetreuung ließen die Motivation der Menschen und die Leistungen der Tiere ansteigen. Die damals beginnende Vermehrung von ökologischem Kartoffelpflanzgut machten die Umstellung ebenfalls leichter. Heute hat der Betrieb immer noch 70 Kühe, 180 Hektar

uns das leisten?“, schmunzelt Heike Pothmer, „aber es lief mit jedem besser.“ Vor sieben Jahren haben sie eine Melkerin angeheuert, denn „es war belastend, immer angebunden zu sein.“ Daran haben auch die beiden Kinder lebhaftere Erinnerungen. Klaus, der als Teenie zum Restfutter-Rausnehmen um 15 Uhr30 für eine halbe Stunde in den Stall musste und seine Nachmittagsplanung daran anpasste, hat das manchmal genervt. Und Fritz sagt: „Sonntags war jeder Familienausflug um 15.00 Uhr zu Ende.“ Mit diesem Wissen allein schwinde schon die Lust, überhaupt etwas zu unternehmen. „Man gewinnt Lebensqualität“, fasst Heike

die Kinder auch ihre eigenen Schritte in die Welt unternommen. Fritz war schon in der Lehre weiter weg, hat Zivildienst als Betriebshelfer gemacht, ist rumgekommen und war dann mit seinem Bruder in Neuseeland. Er muss nicht gegen seine Eltern rebellieren und doch muss er seinen Weg finden. Es ist keine Frage für ihn, dass er den Betrieb ökologisch weiterführt, „so hab ich doch viel mehr Möglichkeiten, meinen Technikfimmel auszuleben.“ Natürlich sei er geprägt durch die besondere Gegend, in der er aufgewachsen ist, aber „politische Bildung ist eine Frage der Erziehung“. Für die Kids im Wendland hat sich in den vergangenen 30 Jahren



Noch wohnen bei Familie Pothmer drei Generationen unter einem Dach

Foto: Dott

Ackerland, auf dem Kartoffeln, Getreide, Leguminosen, Mais und Gras wachsen. Die Milch wird nach wie vor zum Teil von der Milchkooperative Wendland vermarktet, Heinrich Pothmer ist einer der neun Milchlieferanten der Koop. Beim Milchstreik im vergangenen Jahr haben sie sich mit den konventionellen Kollegen solidarisiert und mitgestreikt, obwohl die Biomilch-Preise okay waren. Auch jetzt läuft es nicht ganz schlecht. „Die Nachfrage nach unserer frischen Bio-Vollmilch steigt“, so Pothmer, man profitiere von der Debatte um das Hoherhitzen, der sogenannten ESL-Milch. Zur Zeit unterstützen sie die Milchbauern bei ihren Aktionen vor Ort, waren abends bei Protesten auf dem Dannenberger Marktplatz.

Lebensqualität gewinnen

Die Milch ist nur ein Standbein des vielseitigen Betriebes, der mittlerweile fünf festangestellte Mitarbeiter beschäftigt. „Beim ersten Mitarbeiter haben wir uns noch gefragt: Können wir

Pothmer zusammen, und wenn sie das sagt, merkt man, wie wichtig dieser Aspekt ihr, aber auch Heinrich ist. „Ich bin viel entspannter, entlastet, seit klar ist, ich gebe in Fritz Hände ab“, sagt Heinrich, „vorher hab ich oft gedacht, hoffentlich kommt er bald, mir wird mein Kopf zu klein.“ Die Perspektive größerer Freiräume lockt und doch sagt Heike Pothmer auch, sie wolle natürlich gern weiter mitarbeiten, auch wenn sie irgendwann nicht mehr auf dem Hof wohnen, sondern in einem Alenteilerhaus, das sie bauen wollen. „So weit weg, dass man die Jacke anziehen muss“, so Heinrich, sei sicher keine schlechte Entfernung, obwohl sie es anders erlebt haben. Heinrichs Eltern leben nach wie vor mit im Haus, zwar durch bauliche Veränderungen mit eigenem Haushalt, aber doch nah. Heinrich wie auch Heike betonen, dass das nicht immer einfach gewesen sei, aber gerade Heike sieht sehr die positiven Seiten. Man konnte eben auch mal was ohne die Kinder unternehmen. Vielleicht auch deshalb haben wiederum

auch eine besondere Szene entwickelt, wer hier aufwächst, wird viel stärker mit Umweltschutz, Widerstand und Zivilcourage konfrontiert als Gleichaltrige anderswo.

Marktunabhängiges Standbein

An Mopeds geschraubt haben Fritz und Klaus trotzdem, und der Kleine hat sich geärgert, weil ihn seine Eltern mit 12 noch kein eigenes haben fahren lassen. Jetzt teilen sich die drei Männer der Familie die Motorradleidenschaft. Technik hat es ihnen eben angetan, dazu passt auch die Photovoltaikanlage auf dem Dach und die Biogasanlage, die sie gemeinsam mit einem Nachbarn vor fünf Jahren realisiert haben. Fritz ermunterte damals seinen Vater, dieses „marktunabhängige Standbein“ für den Betrieb umzusetzen und Heinrich verlangte daraufhin die Entscheidung von Fritz für oder gegen die Hofübernahme. Fritz sagte Ja und legte den Grundstein für das erste Projekt auf dem Hof, das auch seine Handschrift trägt. cs



Peter Hamel (re) mit dem Gründer der IG FÜR

Foto: Nürnberger

Kurzes am Rande

Ehrenbrief für Peter Hamel

Ein Festtag der besonderen Art. Die Maschinenhalle ist ausgeräumt und hat Platz für Bänke, Bühne und Grill gemacht. Überall auf dem Hof von Peter Hamel im Vogelsberg sind Stände aufgebaut. Die Oldtimerfreunde sind mit ihrem Fuhrpark gekommen, die Upländer Bauernmolkerei informiert ebenso, wie die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft. Ein ganz normales Hoffest. Weit gefehlt. Anlass des Festes ist die Verleihung des Ehrenbriefes der Interessengemeinschaft für gesunde Lebensmittel (IG FÜR). Georg Sedelmaier, Gründer der IG FÜR, überreichte persönlich die Auszeichnung. Die Festrede hielt der Vorstandsvorsitzende der Lebensmittelkette tegut, Wolfgang Gutberlet. Dr. Hamel reihte sich damit in eine Reihe nationaler und internationaler Ehrenbriefträger der IG FÜR ein. Insbesondere das große ehrenamtliche Engagement, das zur Gründung der Zivilcourage Vogelsberg führte, war ein entscheidender Grund für die Würdigung. Im Rahmen seines Engagements gelang es Peter Hamel, dass sich die Bewirtschafter von über 12.000 Hektar zu einem Verzicht auf den Einsatz von Gentechnik verpflichteten. Den entscheidenden Durchbruch für die konsequente Strategie, keine Gentechnik anzubauen und zu verfüttern, brachte die Gründung einer Einkaufsgemeinschaft für gentechnikfreie Futtermittel. „Er ermutigt viele Menschen, selbst solche Regionen zu schaffen und die Idee für gentechnikfreie und gesunde Lebensmittel weiter zu tragen“, so Sedelmaier. *mn*

Feld-Rose und Feld-Schachbrett

Im Rahmen von Land-Art-Projekten gestalteten Landwirte in Sachsen-Anhalt auf ihren Feldern durch gezielte Aussaat von Blühpflanzen riesige Bilder: eine rot-weiß-blau-gelbe Luther-Rose bei Eisleben, ein Riesenschachbrett mit Figuren zu Füßen des Kyffhäuserdenkmals, ein Riesen-Kreuz im Getreidefeld sowie den Schriftzug „Gib uns eine zweite Chance“ im Rahmen des Euro-Landart-Festivals (Ökomenta) in der Altmark. Am Rande gab es auch eine „Modenschau für Tiere“. *en*

Starke Stimmen

Drei neue Abgeordnete aus den Reihen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) besetzen politische Positionen. Nach einer Legislatur Pause, zieht Friedrich Ostendorff, Milchbauer aus Nordrhein-Westfalen, für die Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ wieder als Abgeordneter in den Bundestag ein. Mit der Landtagswahl Ende September in Schleswig-Holstein wurde auch Milchbauer Bernd Voß zum Abgeordneten von „Bündnis 90/Die Grünen“ in den Kieler Landtag gewählt. Für die SPD in Niedersachsen sitzt weiterhin Matthias Miersch im Bundestag. Der langjährige Anwalt der IG-Nachbau streitet schon lange für die Interessen einer bäuerlichen Landwirtschaft. Die AbL gratuliert! *mh*

Erntedank 2009

Gedanken von Pfarrer Siegfried Pfeiner

Erntedank – ist das nicht eher eine romantische Vorstellung vom schön geschmückten Erntearnar und Erntekrone, die wenig zu tun hat mit der Realität der Bauern heute: 50 Prozent der Betriebe in ihrer Existenz gefährdet; Milchpreis und Agrarprodukte, die die Kosten nicht mehr decken und all die Schikanen um die Blauzungenkrankheit, um nur Einiges zu nennen.

Ich möchte Euch einladen, dass Ihr Euch ein Viertelstündchen auf die Hausbank setzt, Euch anlehnt an die Mauer Eures festen Hauses, in dem oft schon Generationen gewohnt haben, umherblickt auf Garten und Bäume, den Stall und dann hinaus auf Eure Wiesen und Felder mit fruchtbarem, regenfeuchten Boden. Und dann lasst Euren Blick über den Horizont hinaus nach Süden und Osten schweifen und nehmt sie in den Blick, die 1.000 Millionen Menschen, die täglich Hunger haben, die Ungezählten ohne genügend Wasser, gezeißelt von Naturkatastrophen, die Millionen in den Elendsgürteln der Metropolen, die Millionen in Lagern und auf der Flucht... Wir haben allen Grund zur Dankbarkeit: Keines unserer Kinder weiß, was Hunger

ist. Es ist selbstverständlich, dass sie zur Schule gehen können, dass wir jederzeit ärztlich versorgt werden. Jeder, der einmal in Lateinamerika, in Afrika oder Indien war, könnte die Liste unserer Privilegien endlos fortsetzen. Kein Grund zur Dankbarkeit?

Es ist richtig, unsere Bauern stehen in einer existenzbedrohenden Krise. Krise heißt Punkt, an dem ich mich entscheiden muss: Will ich weitermachen? Wie will ich weitermachen?

Wenn ich übers Land fahre, sehe ich oft Höfe mit einem Zuhaus und einer kleinen Kapelle. Sinnbild der bäuerlichen Kultur, zu der gehört(e):

Subsistenzwirtschaft, ich würde lieber sagen Autarkie. Mehr Generationen auf einem Hof. Die täglich gespürte Abhängigkeit von Gott.

Vielleicht ist die Krise der Landwirtschaft ein Hinweis darauf, wo die Wurzeln liegen und die einmaligen Chancen des bäuerlichen Berufs. Sollten wir nicht dankbar sein auch für die Krise, die uns zeigt: das immer mehr und immer intensiver und industrieller Produzieren ist nicht unser Weg.

Siegfried Pfeiner, Pfr.i.R.



Foto: Steins

Eine Krone für den Präsidenten

Bei der diesjährigen Übergabe einer Erntekrone durch DBV, Landfrauen und Landjugend an den Bundespräsidenten ging Horst Köhler in seiner Rede ausführlich auf die existenziellen Probleme der Milchbauern ein. Im Gegensatz zu DBV Präsident Sonnleitner, der die Situation der Milchbauern nur am Rande erwähnte, schlug Köhler einen Bogen von der gegenwärtigen Krise in der Milchwirtschaft zu grundsätzlichen Fragen der Marktgestaltung. „Wir brauchen eine Weltwirtschaft, die auch die Umwelt und humanitäre Werte konsequent in ihre Bilanzen aufnimmt“, betonte Köhler. Weiterführend äußerte Köhler: „Es sollte uns allen wichtig sein, wie wir die Zukunft der Landwirtschaft gestalten. Alle Beteiligten und Betroffenen gehören an einen Tisch, und niemand sollte bloß Bedenken äußern, ohne konstruktive Vorschläge zu machen.“ Bei der Veranstaltung war in diesem Jahr auch die Bundesvorsitzende der AbL Maria Heubuch zugegen. *aj*

Betriebsspiegel:

Biolandhof, 18 Kühe mit Nachzucht
300 Hühner
Hofbäckerei und Käsehandel

Es ist Samstag Abend. Mein Tag hat um zwei Uhr nachts mit Brötchenbacken für den Markt angefangen, dazwischen liegen zwei kurze Schläfchenpausen, aber die Aussicht, noch zu einem Fest bei Kollegen eingeladen zu sein, beflügelt. Auch Uwe freut sich drauf, obwohl der spät dran ist mit der Stallarbeit. Ich überlege, dass ich eigentlich noch auf die Weide fahren müsste, um nach der hochtragenden Fiona zu sehen. Aber was ist, wenn sie gekalbt hat? Will ich es überhaupt wissen, denn dann müssen wir sie noch nach Hause holen. Die Vernunft siegt – und natürlich kommt mir die junge Mutter mit einem kleinen, wunderschönen Mädchen entgegengesprungen. Zum Glück kommt unser Sohn Felix gerade um 8 Uhr abends von der

Arbeit nach Hause, und so fahren wir zu dritt auf die Weide. Dabei bemerken wir, dass wir alle über Tag noch kaum etwas gegessen haben, aber schließlich wollen wir gleich noch gemeinsam zu den Kollegen, wo wir uns dann richtig satt essen werden. Stolz ziehen wir mit unserem „neuen“ Viehtransporter los, einem alten Ladewagen, den unsere beiden Söhne perfekt umgebaut haben und der sich heute zum ersten Mal bewähren soll. Das tut er dann auch: Es gehen gleich zwei Tiere auf den Wagen, nur leider die falschen! Ist nicht schlimm, denn die sollten auch bald heim. So fahren wir mit den beiden los, denn für drei Tiere wird es zu eng. Mit dem Muttertier wird es ganz einfach, denn die läuft ja immer dahin, wo das Kalb ist – denken wir. Nach einigen vergeblichen Versuchen, sie auf den Wagen zu locken, schwindet allmählich unsere Hoffnung auf Bratwurst und

Partysalate. Wir sind k.o., Uwe hat Kopfschmerzen, Felix packt sich das Kalb über die Schultern, die Mutter läuft erwartungsgemäß hinterher. Nach dreiviertel des Weges beschließt Fiona, über eine Seitenstraße Reißaus zu nehmen und trabt zurück zur Weide. Wir brechen die Aktion ab, nachdem Fiona über den Zaun zu ihren Kolleginnen gesprungen ist, bringen das Kalb heim und haben um 11 Uhr nicht mal mehr Appetit auf ein Abendbrot. Sonntag früh fällt das Aufstehen schwer. Nach der notwendigsten Stallarbeit fahren wir gleich auf die Weide. Fiona lässt sich jedoch nicht dazu verleiten, dafür auf den Hänger zu steigen. Also fahren wir wieder heim und holen das Kalb. Die Mutter freut sich und kommt angetrabet, weigert sich aber, dem Kalb auf den Hänger zu folgen. Vielleicht schaffen wir es, dem Tier ein Seil über den Hals zu werfen. Zwischendurch hole ich zu Hause etwas zu

Essen. Wir sitzen an der Weide, machen ein Sonntagspicknick, üben uns in Geduld und Vertrauensbildung. Trotzdem entschließen wir uns zur äußersten Maßnahme: der Tierarzt muss Fiona eine Beruhigungsspritze geben. Bis der kommt, fahren wir heim und erledigen erstmal die liegengebliebene Stallarbeit. Der Tierarzt muss mit seinem Blasrohr eine Weile um die Tiere herumlaufen, um den richtigen Moment zum Schuss zu finden. Dann trifft er – doch leider die Falsche. Ist nicht schlimm, Biene wird auch demnächst kalben und tut uns den Gefallen, träge auf den Wagen zu steigen, so dass wir sie jetzt eben mit nach Hause nehmen werden. Der nächste Schuss trifft Fiona, die sich dann zum Hänger dirigieren lässt. Allerdings verweigert sie auch jetzt noch den Aufstieg und legt sich am Ende der Klappe zum Schlafen. Es ist zwei Uhr nachmittags, wir liegen im Gras und warten. Als Fiona wieder auf den Beinen steht, haben wir zu fünft schwer zu ziehen, drücken, zerrren und Beine anzuheben, bis sie tatsächlich oben ist.

Um drei Uhr können wir endlich mal ein schnell improvisiertes Mittagessen zu uns nehmen. Anschließend machen Uwe und ich ein Nickerchen vor dem nächsten Stalleinsatz. Wir waren auf einen krönenden Abschluss gefasst, doch der Rest geht tatsächlich so reibungslos, dass Uwe nach dem Melken noch eben eine Stunde mit der Reparatur der Strohpresse verbringt. Schließlich wissen wir ja, dass morgen wieder eine harte Woche beginnt. Da wollen wir gut gerüstet und gestärkt aus dem Wochenende angehen!

*Annemarie Duske,
Sonntag, den 9. August, es ist kurz
vor Mitternacht und ich kann einfach
noch nicht schlafen!*

Unser Wochenende

Hat man heute als Agrarstudentin, die nichts von Agrarfabriken, Gentechnik und Massenproduktion hält und die Landwirtschaft unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit praktizieren will, eigentlich eine Chance? Kann man diese Absichten überhaupt noch umsetzen oder muss man faule Kompromisse eingehen, wenn man seinen Betrieb halten will? Diese Fragen stelle ich mir Tag für Tag, komme aber zu keinem Ergebnis.

Ich bin auf einem landwirtschaftlichen Betrieb groß geworden, kenne also die Arbeit, die Sorgen und den Stress, mit denen man zu kämpfen hat; ich kenne aber auch die durchaus schönen Seiten, die die Landwirtschaft mit sich bringt. Nun sieht, hört und liest man aber täglich, dass sich Bauern solche Glücksmomente eigentlich nicht mehr leisten dürfen. Denn das, was zählt, sind hohe Erträge und gute Leistungen. Es heißt, nur wer VIEL produzieren kann, ist Teil des Weltmarktes und in der Landwirtschaft überlebensfähig. Die Ansprüche steigen, doch bezahlt und gewürdigt wird die Arbeit der Bauern keineswegs. Die Preise für landwirtschaftlich erzeugte Produkte sinken und in den Ohren der Landwirte klingen Versprechungen seitens der Politik, fallende Preise durch entsprechende Fonds abzufangen, fast wie Hohn. Die Ausgleichsleistungen sollen vorzeitig ausbezahlt werden. Gründe, sich zu beschweren, gibt es da doch keine mehr, oder!? Der Staat bemüht sich schließlich und schützt seine Landwirte mit Hilfe der Direktzahlungen vor dem Existenz-Aus!



Ich möchte Bäuerin sein

Das Paradoxe an der Situation der Landwirte ist, dass eigentlich jeder den Ernst der Lage erkennt, dass aber die Aussichtslosigkeit der Sache nicht ernst genommen wird. Einerseits fordert man qualitativ hochwertige, gesunde Nahrungsmittel, andererseits sollen aber große Produktmengen in Umlauf gebracht werden, um den Konsum zu steigern, um Niedrigpreise zu fördern. Hohe Ansprüche an die Qualität der Lebensmittel haben aber sicher nicht nur die Otto-Normal-Verbraucher. Wollen nicht auch Politiker, Konzernchefs und Geldträger gesundes Gemüse und gutes Fleisch essen? Doch gerade sie sind es, die sich selbst und allen Anderen Steine in den Weg legen und durch ihre eigenen (Misse-)taten

das Streben nach Gesundheit, einem langen Leben und ewiger Jugend aufgeben müssen.

Und da komme wieder ich ins Spiel. Ich, als unerfahrene „Jungbäuerin“, Agrarstudentin kurz vor dem Abschluss, als kleinstes Rädchen in diesem riesigen Geflecht von Gesetzen und Vorschriften und dem großen Fragezeichen auf der Stirn: welche Alternativen gibt es, um das Beste aus all dem herauszuholen? Was könnten wir aus unserem Betrieb machen? Wie können wir Niedrigpreise ausgleichen, um seinen Fortbestand auch in Zukunft zu sichern? Welche Möglichkeiten haben Landwirte, die nicht Teil des Weltmarktes, sondern Teil des nationalen oder gar regionalen Marktes sein wollen?

Die einzige Sicherheit, die mir inmitten all der Ungewissheiten bleibt, ist, dass ich Bäuerin sein möchte und hochwertige Lebensmittel produzieren will, die auch angemessen bezahlt werden!

*Johanna Besier
Studentin der ökologischen Landwirtschaft in Witzenhausen*

Betriebsspiegel:

Elterlicher Betrieb im hessischen Hohenstein nahe Wiesbaden
70 Milchkühe plus Nachzucht
160 Hektar,
davon ca. 80 Hektar Grünland
Die Milch wird an die Upländer Bauernmolkerei geliefert
Seit Januar ist der Hof eine GbR.

Kartelle und Überschüsse

Zahlreiche Kartelle wurden in letzter Zeit aufgedeckt und bestraft: so in der EU-Chemieindustrie bei Calcium- und Magnesiumverbindungen, beim US-Multi ADM wegen Beteiligung an einem Kartell bei Natriumgluconat sowie in der Futtermittel- und Getreidehandelsbranche. Das Kartellamt ermittelte gegen die Mühlenindustrie, die Süßwarenbranche, Brauereikonzerne sowie Röstkaffee-Produzenten und nun auch gegen Hersteller in der Fleischwaren-, Zucker- und Milchbranche. Unterdessen geht der ruinöse Preis-Wettbewerb der Handelsketten weiter, worunter die Ernährungsindustrie und die Molkereien leiden. Dieser Druck der Handelsunternehmen resultiert allerdings nicht vorrangig auf einer Oligopol- oder Monopolstellung, sondern auf der marktrelevante Überschuss-Situation bei Milch und anderen Agrarprodukten. Die Handelsketten als letzte Stufe vor dem Endverbraucher geben diesen Überschuss-Preisdruck an die Vorlieferanten weiter. *en*

Gebrauchsmaschinen

US-Farmer wollen verstärkt gebrauchte Maschinen kaufen, so das Ergebnis einer Studie der Rabobank. Nur 10 Prozent der Kaufwilligen denkt an Neumaschinen (vor einem Jahr waren es noch 24 Prozent). *pm*

Lupine und Weizen gleichauf

Die Rentabilität beim Anbau bestimmter Süßlupinen-Sorten kann genau so hoch sein wie beim Weizenanbau, so das Ergebnis der Anbau-Untersuchungen des holländischen Agrarwissenschaftlers Rob van Haaren im Auftrag der niederländischen Ackerbau-Branchenorganisation (productschap akkerbouw). Diese eiweiß- und ölfreiche Lupine mit einem Ertrag von 5 t/ha kann demnach eine Futter-Alternative für den Soja-Import werden. Das Eiweiß, so der Infodienst *agriholland*, könne auch in der pharmazeutischen Industrie genutzt werden. *en*

Die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft

Die bayerische Staatsregierung hat Verbände und Organisationen zusammengerufen, um über die Zukunft der bayerischen Landwirtschaft zu beraten. Unter der Leitung des ehemaligen EU-Agrarkommissar Dr. Franz Fischler soll die „Zukunftskommission Landwirtschaft“ Handlungsempfehlungen für die bayerische Politik zur Wettbewerbsstärkung der Agrarwirtschaft und zur Weiterentwicklung des ländlichen Raums erarbeiten. Sie beschäftigt sich auch mit deutscher und europäischer Agrarpolitik und soll Schlussfolgerungen für deren Weiterentwicklung formulieren. Das Beratergremium setzt sich zusammen aus Vertretern der Agrar- und Lebensmittelwirtschaft, Handel und Verbraucherverbänden sowie aus den Bereichen Tierschutz, Naturschutz, Landschaftspflege und den Kirchen. Auch die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) ist vertreten. Wolfgang König, Vorsitzender der AbL-Bayern ist im Zwiespalt: „Das ganze könnte reine Show sein, bei der die Ergebnisse schon vorgezeichnet sind und wir nur eine Alibifunktion haben.“ Andererseits sieht er aber in der Kommission auch eine Chance für die bäuerliche Landwirtschaft. „Das gab es noch nie, dass neben Industrie, Wirtschaft und Bauernverband auch Natur-, Tierschutz-, Verbraucherschutzverbände angehört werden, die daran interessiert sind, dass der Bauer für seine Produkte angemessenes Geld bekommt.“ Im September brachten die einzelnen Mitglieder bei einem Treffen der Zukunftskommission ihre Forderungen ein. Die AbL in Vertretung von König fordert zum Einen, die EU-Prämien an die Arbeitskräfte der Höfe zu binden um die Arbeitsplätze der Höfe zu erhalten und deren soziale Gefüge zu schützen. Zum anderen müsse die Politik bereit sein, neue Wege ein zu schlagen um die bäuerliche Landwirtschaft zu retten. „Die momentan schlechte Situation der bayerischen Landwirtschaft beruht auf früheren Fehlentscheidungen der Politik, so König. „Der neue Weg für die Agrar- und Lebensmittelwirtschaft muss sein: weg von dem industriellen Leitgedanken des ständigen Wachstums und jährlichen Gewinnzuwachs.“ Die Produktion von Qualität auf den Höfen müsse mehr Wertschätzung erfahren und angemessen bezahlt werden. Dazu gehöre unter anderem die Förderung der regionalen Futtermittelproduktion und der Verzicht auf Gentechnik. Viele Mitglieder der Kommission vertreten ähnliche Forderungen wie die AbL, so König. Ein endgültiges Ergebnis der Auswertung aller eingebrachten Beiträge wird für März 2010 erwartet. *mh*

Kurzes am Rande

Industrielle profitieren weiter

Hintergrund der neuen Diskussion um die BVVG- Flächen

Zwei Jahre war Ruhe beim Thema BVVG, also der Vergabe der landwirtschaftlichen Flächen, die aus den Enteignungen von 1945 von Grundbesitzern und Bauern stammen. Die Verteilung erfolgte fast unter vollständigem Ausschluß der bäuerlichen Betriebe von rund 30 Prozent des öffentlichen Pools an landwirtschaftlichen Nutzflächen im Osten. Die meisten bäuerlichen Betriebe konnten nach der Wende trotz der Nachfrage überhaupt keine BVVG- Flächen pachten und damit auch nicht verbilligt kaufen, da die langfristige Pacht Voraussetzung für den Kauf war. Die meisten Betriebe im Osten haben also keine Subventionen im Zusammenhang mit den BVVG- Flächen erhalten, weder beim verbilligten Kauf, noch durch die Pachtpreissubventionen bei der langfristigen Verpachtung.



Viele hatten sich damit abgefunden, umso verwunderlicher scheint nun der Beschluss eines Verkaufsverbots für weitere BVVG-Flächen. Interesse und Hintergrund lassen sich am besten an zwei repräsentativen Betrieben illustrieren.

Betrieb a:

Dieser Beispielbetrieb wurde nach der Wende aus der Liquidationsmasse einer LPG von zwei ehemaligen Leitungskadern als GbR mit Unterstützung der Agrarverwaltung, Justiz und Politik gegründet. Die LPG bewirtschaftete ca. 2.500 ha, der Nachfolgebetrieb hat mit 1.700 ha nur die besseren Flächen der LPG nach deren Liquidation übernommen, davon 950 ha Treuhand/BVVG-Flächen. Diese wurden anfangs für ein bis zwei Jahre, danach auf 12 Jahre, ab 2000 um sechs Jahre auf 18 Jahre verlängert verpachtet. 2006/07 wurde nochmals eine Pachtverlängerung auf 27 Jahre vorgenommen, aber mit der Einschränkung, dass bis 20 Prozent der BVVG- Pachtflächen aus den Betrieben auszuschreiben seien. Zwischenzeitlich konnten die beiden GbR-Gesellschafter bis zu 8.000 Bodenpunkte je Gesellschafter, also bei 40 Bodenpunkten zweimal 200 ha verbilligt nach dem EALG kaufen. Der dabei realisierte Subventionswert liegt bei mindestens 1,5 Millionen EUR/Person! Nachdem der Beispielbetrieb also durch seine zwei Gesellschafter 400 ha von der BVVG erworben hat, bewirtschaftet er also 2009 noch 550 ha gepachtete BVVG-Flächen. Um in den Genuss der Pachtverlängerung auf 27 Jahre zu kommen,

müsste dieser Betrieb bis zu 20 Prozent, also 110 ha abgeben.

Betrieb b:

Typischerweise wirtschaftet angrenzend ein nach 1990 aus der Vorgänger-LPG ausgeschiedenes Mitglied auf 120 ha, davon 50 ha altes Familieneigentum, 20 ha angenommene BVVG- Flächen (in der Regel extensives Grünland oder Kleinstflächen) und 50 ha Pacht von Nachbarn. Dieser Betrieb hat im Rahmen des verbilligten Kaufs auch die 20 ha erworben, mit einem Subventionswert von 20.000 bis 30.000 EUR. Damit bewirtschaftet dieser Betrieb keine BVVG-Pachtflächen mehr.

Nun sorgen sich die Politiker unisono um Betriebe von Typ a. Sie sorgen sich, dass diese Betriebe einen kleinen Teil der BVVG-Pachtflächen, im Beispiel 110 ha, verlieren

könnten. Diese Politiker sorgen sich, dass rund 10 bis 15 Prozent der ostdeutschen Großbetriebe, nachdem sie Millionensubventionen durch verbilligten Kauf und Pachtung von

BVVG-Flächen erhalten haben, geringe Abstriche bei den zukünftigen Subventionen erleiden könnten. Der beschlossene Verkaufsstopp, d.h. richtiger der Stopp einer geringen Subventionsumverteilung, würde nur Betriebe von Typ a und nicht von Typ b treffen (vom Privatisierungsstopp sind nämlich die verbilligten Verkäufe ausgenommen; wenn also Betrieb a noch nicht seine 400 ha gekauft hätte, könnte er dies noch; die neue Diskussion ist also bis in die Wortwahl falsch und verzerrt die Tatsachen). Gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Betriebe wurden in der Vergangenheit in jedes Programm der Bundesregierung hineingeschrieben, sie werden im Osten gegen die Bauern grundlegend verletzt. Der Brandenburger Ministerpräsident Matthias Platzeck wurde in *der tageszeitung* damit zitiert, dass der Verkaufsstopp einem Ausverkauf an externe Investoren Einhalt gebieten würde. Wenn aber große Betriebe im Osten an westdeutsche Agrarindustrielle verkauft werden, dann werden die BVVG- Pachtflächen in der Regel ohne Neuverpachtung an den neuen Eigentümer weiter verpachtet. Genau diese Praxis fördert den Ausverkauf der ostdeutschen Landwirtschaft. Aber beim Verkauf des gesamten LPG-Nachfolgers können die alten LPG-Kader noch einmal hohe Verkaufserlöse realisieren. Mit Markt und Wettbewerb hat die ostdeutsche Bodenpolitik nichts gemein, es geht um die möglichst weitgehende Verhinderung einer breiten Streuung an Bodeneigentum.

Jörg Gerke, Bauer und Buchautor in Mecklenburg-Vorpommern

Die Mühen der Landreformen

Neben der Enteignung und Ermordung von weißen Besitzern in Simbabwe gibt es in Afrika auch positive Beispiele

Trotz vorherrschender Misserfolge gibt es im Süden Afrikas auch viele positive Ergebnisse der Landreform – so das Fazit von Agrarwissenschaftlern in einem Artikel in *Neues Deutschland*. In Simbabwe sei die erzwungene Reform dramatisch gescheitert, bei der 150.000 kleine und 15.000 kommerzielle Farmen den – zum Teil ermordeten – weißen Besitzern unter chaotischen Umständen gewaltsam weggenommen wurden. 20 Prozent der Ländereien gingen an Funktionäre und Staatsbedienstete. Insgesamt 140.000 Subsistenzfarmer erhielten immerhin 80 Prozent des Landes – sie bewirtschafteten sie besser, arbeitsintensiver und ohne Abhängigkeit von den steigenden Preisen für Benzin und anderen Inputs. Und dies trotz Handelsembargo, wirtschaftlicher Instabilität, Hyperinflation, fehlenden Krediten, schlechter Infrastruktur und Vermarktungswege sowie wiederkehrenden Dürren. Schwierig sei der Übergang vor allem bei hochkommerziellen Tabak- und Gartenbau-Farmen gewesen.

In Südafrika und Namibia laufe die Landreform deutlich strukturierter ab – dort bewerben sich Menschen um Land über den Weg der Rückerstattung, sofern sie innerhalb eines bestimmten Zeitraums unrechtmäßig um Land gebracht wurden. Der andere Weg sei die Umverteilung, bei der die Regierung Zuschüsse beim Landerwerb zahlt.

In Namibia sehen Beobachter die Ursachen fehlender Erfolge vor allem im Mangel an bewässertem Land, fehlenden Subventionen und steigenden Benzinpreisen.

In Südafrika liegen die Ursachen von

Misserfolgen vor allem in fehlender Vorbereitung, hohen Kosten und fehlender Unterstützung. Es gebe aber auch hier Erfolgsgeschichten: 970 Familien begannen auf 1.600 Hektar mit dem Anbau

von Obst und Gemüse für den Eigenbedarf – obwohl das den Plänen der Regierung vom Aufbau kommerzieller Großfarmen widersprach.

en



Die Auswirkungen der deutschen Kolonialzeit in Namibia sind nicht nur in den Städten zu sehen. Auch die Landverteilung wurde von ihr geprägt.

Foto: Pixelio / Schütz

Blutschwitzen durch Impfstoff?

Über einen möglichen Zusammenhang des mysteriösen Blutschwitzens bei Kälbern mit einem Impfstoff der Firma Pfizer gegen die Bovine Virusdiarrhöe (BVD) berichtet der *Focus*. In Ländern, die die Kühe nicht gegen BVD impfen, sondern BVD durch eine Untersuchung der Kälber nach der Geburt bekämpfen, tritt das Blutschwitzen nicht auf. Mittlerweile sind vermutlich schon Tausende Kälber erkrankt, die bei der Geburt noch gesunden Tiere infizieren sich durch die Muttermilch, die die Kälber ja eigentlich gesund erhalten soll. Die Folge sind erhöhte Blutungsneigungen und Infektionsanfälligkeit und ein Verbluten über Körperöffnungen und geringste Verletzungen. pm

„Kerker bei Wasser und Brot“

Impfgegner verhängen Strafe für Politiker

Horst Seehofer und Ilse Aigner wurden öffentlich verurteilt. „Zehn Jahre Kerker bei Wasser und Brot, denn sie wussten, was sie tun!“ lautet ihre Strafe. Einer der Anklagepunkte: „Die CDU vergiftet unsere Nahrung mit dem Impfstoff“. Gegen die Zwangsimpfung der Blauzungenkrankheit bei Wiederkäuern demonstrierten am 10. September mehrere Hundert Bäuerinnen und Bauern vor der Staatskanzlei in München. In einer inszenierten Gerichtsverhandlung der Interessengemeinschaft für gesunde Tiere (IggT), wurden am Tag zuvor verantwortliche Politiker wie Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer und Landwirtschaftsministerin Ilse

Aigner von den Impfgegnern öffentlich verurteilt.

Viele der Bäuerinnen und Bauern, die ihre Tiere nicht impfen lassen wollen, haben mit rigorosem Vorgehen der Behörden zu kämpfen. Zum Teil werden Zwangs-, Bußgelder, Kontosperrungen und sogar Haftstrafen verhängt. Wolfgang König, Milchbauer aus Niederbayern und Unterstützer der Aktion wurden insgesamt 10.000 Euro Zwangsgeld auferlegt. Sein Konto wurde gesperrt und gepfändet. „Sobald Geld drauf ist, nehmen sie es weg“, erzählt der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in Bayern. Die Situation ist für ihn und seine Fami-

lie belastend. Wie viele andere betroffene Bäuerinnen und Bauern klagt er mit einem Rechtsanwalt gegen dieses Vorgehen der Behörden und fordert eine Freiwilligkeit der Blauzungenimpfung.

Die Zwangsimpfung ist längst nicht mehr nur in Deutschland sehr umstritten. Neben den Niederlanden und Großbritannien verzichtet auch Österreich auf eine verpflichtende Impfung. In der Schweiz wird zur Zeit über eine Freiwilligkeit diskutiert. Laut Bundesamt für Veterinärwesen (BVET) ist eine freiwillige Impfung für das Jahr 2010 in der Schweiz nicht ausgeschlossen.

mh

Kämpferische Tage, verzweifelte Taten

Wie Milchbäuerinnen und -bauern um die Existenz ihrer Höfe kämpfen

Die Preise für Milch sind zu niedrig, die Menge auf dem Markt zu hoch. Am 11. September haben deshalb französische Milchbauern beschlossen, ihre Milch nicht mehr an die Molkereien zu liefern. Sie fordern von der Politik eine Mengenbegrenzung der Milch. Seitdem machen auch in anderen EU-Ländern die Bäuerinnen und Bauern mit Aktionen und Streiks auf ihre verzweifelte Lage aufmerksam. Die unabhängige Bauernstimme hat zwei Höfe kurz vor dem Streik und während der andauernden Aktionstage begleitet.

Renate Müller und ihr Mann Wilfried führen einen Milchviehbetrieb im baden-württembergischen Kißlegg. Ihre drei Kinder und die Schwiegermutter leben mit ihnen auf dem Hof an der Grenze zu Bayern. Täglich melkt und versorgt das Ehepaar die 50 Milchkühe und fast 50-köpfige Nachzucht. Doch der Hof kann nichts erwirtschaften. „Wir arbeiten mehr als 40 Stunden in der Woche und müssen trotzdem aus unserem Ersparten noch draufzahlen.“ Für ihre Milch bekommen sie von der bayerischen Molkerei Edelweiß gerade mal 24,5 Cent/kg. Um weiter existieren zu können, haben sie beschlossen, auf biologische Landwirtschaft um zu stellen. Momentan sind sie in der Umstellungsphase.

Der 30 Hektar Betrieb von Lothar und Heike Weber liegt im nordrhein-westfälischen Wilmeroth nahe Bonn. Gemeinsam mit ihrem Sohn melken sie 23 Milchkühe. Mehr Tiere wollte die Familie nie haben, erzählt die Bäuerin. „Größer werden hat uns nie behagt. Warum sollen wir Geld investieren, um dann mehr zu arbeiten?“

Sie bekommen für den Liter Milch etwa 20 Cent. Im Monat fehlen ihnen 1.500 Euro, erzählt Herr Weber. Die laufenden Kosten können nur durch

Lohnarbeiten, den Verkauf von Kaminholz und Kartoffeln sowie der Bullenmast aufgefangen werden. „Bis Ende des Jahres halten wir noch durch, dann müssen wir dichtmachen“.

Sohn Florian hat die landwirtschaftliche Lehre abgeschlossen und will den Hof eigentlich weiterführen. Unter den derzeitigen Bedingungen habe das jedoch keinen Zweck, so Heike Weber. „Es ist besonders schlimm, dass die jungen Leute keine Perspektive in der Landwirtschaft haben“.

07. September:

Der europäische Milchstreik steht vor der Tür.

Ob Renate Müller auch streiken würde? „Falls jetzt ein Streik käme, würde ich ungern mitstreiken. Andere würden das Melken, was ich wegkippe.“ Ihr Schaden wäre der Nutzen Anderer, sagt sie.

Bei Lothar Weber klingt das anders. Er ist verärgert. „Das Problem ist, dass 4 Millionen Arbeitslose billige Nahrungsmittel haben wollen. Da sind den Politikern 100.000 Landwirte doch egal!“ Jeder Milchbauer müsste ab morgen seine Milch nicht mehr abliefern, sagt er.

17. September:

Familie Weber beginnt mit dem Milchstreik. Der örtliche Lohnunternehmer sammelt ihre 500 Liter ein, um sie gemeinsam mit anderen Bauern in einer öffentlichen Aktion zu versprühen. An diesem Tag landen insgesamt 50.000 Liter Milch auf einem Feld bei Hennef.

19. September:

Nach längerem Ringen kippt jetzt auch die Familie Müller die Hälfte ihrer Milch in die Gülle. Einen Teil verfüttert sie an die Kälber. Zusehen, wie ihre Milch aus dem Tank fließt, ist schlimm, doch dass die Franzosen so entschlossen den Streik begonnen haben, macht ihnen Mut, sagen sie. „Wir machen aus

Solidarität mit“, sagt Wilfried Müller „aber auch aus der Überzeugung: Wenn jetzt nichts geschieht, dann wird nie etwas geschehen.“

Das Angebot muss an die Nachfrage angepasst werden. Durch ihre Streikbeteiligung wollen sie zudem ein Zeichen in ihrer Gemeinde setzen. „Einer muss ja anfangen!“

22. September:

Jetzt landet die komplette Milch vom Hof Müller in der Gülle oder bei den Tieren. 700 Liter pro Tag. Das sind täglich 171 Euro zusätzlicher Verlust.

„Wir verlieren nicht so viel wie andere“, sagt Wilfried Müller „da wir keinen neuen Stall gebaut haben und vor einiger Zeit in eine Solaranlage investiert haben, die jetzt etwas abwirft.“

23. September:

Heike Weber fährt nach Bonn, um gemeinsam mit 300 Berufskollegen vor dem Landwirtschaftsamt zu demonstrieren. Dass sie ihre Milch nicht mehr abliefern, macht sie traurig. Aber auch wütend. „Uns bleibt doch keine Wahl mehr. Wir kriegen so wenig für unsere Milch, dass wir sie genauso gut auch wegkippen können.“ Trotzdem ist sie sich sicher: „Wir ziehen das durch!“

24. September:

Der europäische Milchlieferstopp wird vorerst ausgesetzt. Die Proteste sollen aber weitergehen.

25. September:

Wilfried Müller beteiligt sich an einer



Gemeinsam kämpft Familie Weber für bessere Milchpreise. Sohn Florian sieht für den Betrieb wenig Perspektive. Foto: Herzog

beeindruckenden Milchaktion. Mit 110 Schleppern versprühen Milcherzeuger aus mehreren Gemeinden etwa 1 Millionen Liter Milch auf ein Feld in Erkeheim bei Memmingen. Auch ein Gewerkschaftsvertreter spricht zu den Bäuerinnen und Bauern und solidarisiert sich mit ihnen. „Damit hätte ich nicht gerechnet. Das macht natürlich Mut“, erzählt Wilfried Müller. Seine direkten Nachbarn beteiligen sich eher verhalten an den Aktionen erzählt er. „Der Einfluss des deutschen Bauernverbandes ist hier noch zu groß.“ Familie Müller ist jedoch entschlossen: „Wir werden uns weiterhin an den Aktionen beteiligen, bis die Politik angemessen reagiert!“

mh



Foto: SPD

Fünf Frauen zehn Minuten

Mehr hatte das Protokoll des SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering der Milchbäuerin Ernestine Frick nicht eingeräumt, als der auf Wahlkampftour in Ravensburg Station machte. Eigentlich war es schon ein Überraschung gewesen, dass die Hartnäckigkeit Fricks und die Bemühungen des örtlichen SPD-Kandidaten Martin Gerster tatsächlich zu dem Treffen geführt habe. „Wir haben nur zwei Tage vorher angefragt, bei der Kanzlerin mussten wir immerhin eine Woche lang unterm Rasensprenger sitzen, um ein Gespräch zu bekommen“, sagt die Bäuerin süffisant. Dass es dann am Ende doch mehr als zehn Minuten waren, die Müntefering den Anliegen der Milchbäuerinnen widmete, hatte offenbar auch mit dem bei ihm geweckten Interesse zu tun. Wenn er auch vorbauend noch gesagt hatte, dass er sich mit Landwirtschaft nicht auskenne, so bekundete er, verstanden zu haben, worum es geht, als Ernestine Frick ihm symbolisch eine fair gehandelte Packung Kaffee und eine Pappe deutsche Billigmilch in die Hand drückte. cs

„Der Milchlieferstopp ist unsere einzige Chance“

In Frankreich beginnt ein Feuer zu brennen, das sich schon bald über ganz Europa ausbreiten soll

Geschlossene Molkereien, die Milchpulverproduktion ist total zusammengebrochen. In Frankreich haben die streikenden Milchbauern die Molkereiwirtschaft fast vollständig blockiert. Auch am Ende der zweiten Streikwoche ist die Beteiligung überwältigend. Immer wieder kommen neue Bauern hinzu. Nahezu täglich finden Versammlungen statt, auf denen man sich über das weitere Vorgehen austauscht. Immer mehr politische Vertreter aus den Départements solidarisieren sich mit den Milchbauern. Der französische Landwirtschaftsminister empfängt Vertreter der Organisation der streikenden Milchviehhalter APLI sowie des Bauernverbands. Seit zwei Wochen wird gestreikt, die Politik kommt in Bewegung und doch ist zur Vorsicht geraten. „Wir dürfen jetzt nicht aufhören, wenn wir nicht sicher sind, dass da was läuft.“

Der Anfang

Es ist ein regnerischer Morgen. Mitten in Paris unweit von Seine und Eiffelturm auf den Esplanades des Invalides ist eine überschaubare Gruppe von ca. 300 Milchproduzenten aus allen Regionen Frankreichs zusammengelassen, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Schon seit einigen Wochen kann man überall in Frankreich die Schilder und Tafeln sehen, die den bevorstehenden Milchstreik ankündigen. Etwa 50 Milchbäuerinnen und -bauern sind aus Deutschland nach Paris gekommen, um die französischen Kollegen zu unterstützen. Mit bunten BDM-Fahnen und Faironikas stoßen sie zu ihren Kollegen, die mehrheitlich das ‚Gwenn-ha-du‘ (schwarz und weiß) der Bretagne und die Löwen der Normandie auf ihren Fahnen haben.

Immer wieder hatten die Vertreter des EMB sich in den vergangenen Wochen und Monaten an die Molkereien und die Politiker gewandt, um Lösungen zu finden, die einen angemessenen Milchpreis ermöglichen. Ohne Erfolg! „Durch die derzeitige Politik werden wir vernichtet“, fasste Romuald Schaber, Präsident des European Milkboard (EMB) die Situation zusammen und nannte nochmals die EMB-Forderungen nach einer europaweiten Einstellung der Saldierung, einem Einfrieren der Quotenaufstockung sowie einer freiwilligen Quotenstilllegung. Deutlicher wurde Pascal Massol, Anführer der französischen Milchbauernorganisation APLI. Er sprach aus, was viele Franzosen schon seit Wochen herbeisehen: „Ich fordere alle Milchbauern auf, sich an diesem

Streik zu beteiligen.“ Nicht nur die Französischen, so wird schnell klar. Der Streik soll Grenzen überschreiten. Sieta van Keimpema, stellvertretende Vorsitzende des EMB erklärte sich solidarisch. „Meine Milch bleibt zu Hause“, ruft die kämpferische Niederländerin ihren Berufskollegen zu. Erwin Schöpges aus Belgien spricht von einer Revolution und macht klar, dass seine belgischen Kollegen zu fast allem bereit sind. Auch die Milch von Romuald Schaber wird ab heute nicht mehr zur Molkerei geliefert. „Ich erkläre mich mit meinen französischen Berufskollegen solidarisch und werde ab heute keine Milch mehr liefern.“ Man spürte seinen Wunsch, alle deutschen Berufskollegen aufzufordern, es ihm gleich zu tun. Allein die vom Bundeskartellamt angedrohte Strafe hielt ihn ab.



Mit dem Eiffelturm als Hintergrund. Verhaltener Start der großen Revolutionswelle, die von Frankreich über ganz Europa schwappen sollte.

Foto: Nürnberger

Eine politische Entscheidung

Dass die Kartellbehörden mit zweierlei Maß messen, wenn sie die fortschreitenden Konzentrationen der Molkereikonzerne europaweit genehmigen, im Gegenzug den Milchbauern aber untersagen, sich gegen die immer größer werdende Machtkonzentration zur Wehr zu setzen, wird schon bei einem Blick über die Grenze nach Dänemark deutlich. Hier ist der Konzentrationsprozess soweit fortgeschritten, dass es landesweit nur noch eine Molkerei gibt. Diese hat ihren Lieferanten eine Beteiligung am Streik schlichtweg untersagt. Dass es in Luxemburg soweit gar nicht erst kommt, dafür kämpft Fredy de Martines, Präsident

des Luxemburg Dairy Board. „Heute ist der erste Tag im Kampf für einen fairen Preis und einen Systemwechsel.“

Jetzt ist das Maß voll!

In einer ungeahnten Geschwindigkeit organisierten sich die französischen Milchbauern. Über 40.000 Milchproduzenten sind in den vergangenen Wochen und Monaten zu den Veranstaltungen der erst Anfang dieses Jahres gegründeten Milcherzeugerorganisation APLI gekommen, um sich über die Situation am Milchmarkt und die Möglichkeiten, selbst etwas zu ändern, zu informieren. Wie entscheidend eigenständige und unabhängige Informationen sind, macht Thierry Leservoisier (45) aus Les Veys in der Normandie deutlich. „Wir haben überhaupt nicht mitbekommen, dass die Bauern in

mit dem ältesten Sohn auf Infotour in Belgien und Deutschland. Es gilt, für den gemeinsamen Kampf zu mobilisieren.“

Gespannt wird die Berichterstattung verfolgt. Doch am ersten Streiktag ist nichts in den Achtuhrnachrichten. Stattdessen wird ausführlich über die Kohlendioxidsteuer, Lieblingsprojekt des französischen Präsidenten Sarkozy, berichtet. Immerhin, die Regionalsender greifen das Thema auf. Eine Stunde später klingelt, wie so oft in diesen Tagen, das Handy. Der Sender tf1 des staatlichen französischen Fernsehens. Sie wollen Bilder: von Kühen, Milch und Melken. Um sechs Uhr. Zu früh. Man einigt sich auf neun Uhr. Die Milchbauern haben Aktionen geplant, bei denen sie Milch kostenlos an die Bevölkerung verschenken. Das Motto: Besser verschenken als wegschütten. Vor allem aber will man aufklären. Die Story für den Film ist schnell besprochen. Bilder vom Stall mit Kühen, dann das Abfüllen der Milch in Flaschen, das Verschenken auf dem Markt und noch ein Interview mit einem jungen Kollegen, der seine Situation zwischen zu niedrigem Milchpreis, Verantwortung für Familie und Tiere und den Forderungen der Bank schildert. Der nächste Tag beginnt mit Melken. Die Zeit ist eng. Das Wetter mit den Bauern. Herbstlich kühler Morgen mit blauem Himmel und wärmender Sonne. Das Fernseheteam folgt auf Schritt und Tritt. Ungewohnte Situationen entstehen. Die Kamerafrau im Stroh. Nebenbei noch schnell ein Kalb auf die Welt bringen. Die Schuhe der Kamerafrau vom Kuhmist reinigen. Auf zum Markt.

Spannungsvolle Erwartung

Wie reagiert die Bevölkerung? Wie werden die Medien das Thema aufgreifen? Wie lange wird es dauern, bis erste Erfolge sichtbar werden? Gespannte Ungeduld. Im Laufe des Tages trudeln die ersten Informationen aus den Nachbarländern ein. In Belgien haben sie eine Autobahn blockiert. In Luxemburg sind die Hähne offen. In Deutschland gibt es Aktionen. Das macht Mut, motiviert, lässt einen die vielen Nächte mit zu wenig Schlaf vergessen. Vor allem aber wächst die Solidarität zwischen den Nachbarn. Schnell noch ein gemeinsames Gläschen Wein nach der Aktion auf dem Markt. Das französische Savoir-vivre darf eben auch in revolutionären Zeiten nicht fehlen.



Foto: dpa

Kalte Dusche

Kurz zuvor hatte die EU-Kommission den Nationalstaaten noch mehr Gestaltungsmöglichkeiten eingeräumt – die Länderagrarminister der deutschen Bundesländer wollten sie nicht nutzen. Die Quittung für ihre starre Haltung auf ihrer Konferenz in Eisleben bekamen sie von den aufgebracht dorthin gereisten Milchbauern und –bäuerinnen. Lautstark protestierten sie vor dem Tagungsort, dem Kloster Helfta und duschten einen Polizeiwagen mit Milch. Keiner der Minister außer der Bayer Helmut Brunner und Mecklenburg-Vorpommerns Till Backhaus waren überhaupt zum Gespräch mit den Bauern und Bäuerinnen vor der Tür bereit. Zurück blieben nach zwei Tagen Agrarministerkonferenz leere Floskeln, leere Milchfässer und hunderte tote Fische – angeblich durch die verschüttete Milch, die übers Grundwasser in einen Teich gelangt sein soll. *cs*

Macht Eure Milch doch selber!

Unter diesem Motto fanden kurz nach Beginn des Milchstreiks in Frankreich und auch in Deutschland zahlreiche Aktionen vor Molkeereien statt. So auch bei der Nordmilch im schleswig-holsteinischen Hohenweststedt. Bauern und Bäuerinnen blockierten Auf- und Abfahrten und schütteten Silage vor Werkstore, um sich mit den Berufskollegen in Frankreich und im übrigen Europa zu solidarisieren. Vollerorts fanden Gespräche mit der jeweiligen Geschäftsführung der Werke statt – fast immer wiesen die Molkeereichefs darauf hin, dass sie doch auch nur Zwängen unterworfen seien und nichts ändern könnten an der Lage der Milcherzeuger. Für die Erfüllung der Forderung der Bauern und Bäuerinnen nach einer flexiblen Mengensteuerung seien sie nicht zuständig. *cs*



Foto: Kleensang

Lecke Milchseen, dichte Läger

Bunt, kreativ und unglaublich ausdauernd sind die ersten Wochen des europäischen Bauernaufstandes verlaufen. Ob der Aufbau von temporären Milchseen, die überlaufen, vor dem baden-württembergischen Landesagrarministerium wie auf diesem Bild oder vor dem EU-Parlament in Brüssel – ob Blockaden von Autobahnbrücken oder einem Aldi-Auslieferungslager im schleswig-holsteinischen Horst. Dort waren die Milchbauern und -bäuerinnen schon vor dem Melken aufgestanden, um um 4.00 Uhr früh die Ausfahrten zu blockieren. „Es ist nachtreten, wenn schon jemand am Boden liegt“, sagte Kirsten Wosnitza, vom örtlichen BDM-Kreisteam, „wenn Aldi noch mal wieder die Verbraucherpreise senkt, obwohl die Bauern längst nicht mehr von den Erzeugerpreisen leben können.“ Der gegen 8.00 Uhr vors Tor geeilte Geschäftsführer des Aldi-Lagers, heuchelt Verständnis, betont aber auch, nichts machen zu können. „Wir können auch nicht mehr, ich melke seit einem Jahr für 19 Cent, hab gebaut, investiert, gemacht, was die Beratung sagt, es reicht nicht“, sagt einer der Bauern wohl stellvertretend für viele hier. Er ist nicht verzweifelt, sondern entschlossen, entschlossen, diesmal nicht eher aufzuhören mit dem Protestieren, bis sich endlich nachhaltig etwas ändert. *cs*



Foto: Nürnberger



Foto: Herzog

Einstiegsilfe für Merkel

Verärgerte Milchbauern und -bäuerinnen aus dem Bergischen Land versammelten sich Mitte September zu einer spontanen Aktion in Bonn. Sie wollten die Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem Bahnhof abfangen, die dort in den Sonderzug „Rheingold“ zur Wahlkampftour in Richtung Berlin eingestiegen ist. „CDU Agrarpolitik; Adenauer baute auf. Merkel wrackt ab“, stand auf einem Banner der Milchbauern. „Abgewrackt werden sehr gesunde und zukunftssichere Milchviehbetriebe, die bisher das Rückgrat einer sicheren Versorgung mit gesunden Lebensmitteln sind. Die deutschen Milchviehhalter verlieren in diesem Jahr über 4 Mrd. Euro, wenn nichts passiert, weil ihnen marktorientiertes Handeln versagt wird“, so Milchbauer Bernd Schmitz. „Wir wollen keine Subventionen, sondern nur faire Marktregeln, damit unsere Betriebe vom Verkauf der Milch leben können“, erklärte er. Abgesperrt und bewacht wurde der Bahnhof von Polizisten, die verhinderten, dass die Bauern mit ihren Traktoren und Transparenten näher an den Sonderzug herankamen. Trotzdem schafften es einige von ihnen, mit Bannern bis zu Frau Merkel vor zu dringen. „Die CDU reist durch die Lande und die Bauern nagen am Hungertuch“, so Georg Janßen, der Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Mit einer Faironika und der Forderung nach einer veränderten Milchpolitik machten die aufgebrachten Bauern auf sich aufmerksam. Zu einem Gespräch mit der Kanzlerin kam es nicht. Der Zug fuhr pünktlich ab. *mh*



Foto: EMB

Drei Millionen Tonnen Milch

In einer gigantischen Aktion brachten rund 300 Bauern und Bäuerinnen aus Belgien, Luxemburg, Holland und Deutschland mit ihren Traktoren und Güllefässern allein an einem einzigen Tag drei Millionen Tonnen Milch auf einem Acker im belgischen Ciney aus. Zuvor waren sie von Hof zu Hof gefahren und hatten die Milch eingesammelt und dabei viel mehr zusammenbekommen als ursprünglich gedacht. Einsam den Hahn am Tank aufmachen und die Milch weglafen lassen fällt vielen schwer, sie in ein Güllefass zu pumpen und damit aktiver Teil der Bewegung zu sein ist leichter. Auch die Reaktionen der Medien und der Bevölkerung auf die Aktion sind weitestgehend positiv. *cs*

Amtlicher Protest

In Reaktion auf die Ergebnisse der Agrarministerkonferenz in Eisleben am 18. September protestierten einige tausend Milchbauern in den „Hauptblockierländern“ Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Saarland, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen vor den Agrarministerien. In Bonn machten sich im Anschluss an die Kundgebung vor dem Bundesministerium zahlreiche Bauern mit ca. 100 Traktoren auf den Weg zum Bundeskartellamt. Sie forderten ein Gespräch mit den verantwortlichen Behördenvertretern. Fünf Vertretern der Milchbauern wurde Einlass durch das Sicherheitstor des Amtes gewährt. Die Mitarbeiter des Kartellamtes vertraten die Position, dass es sich bei dem Amt lediglich um eine Behörde handele, die gezwungen sei, bestehendes Recht anzuwenden. Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL, setzte dem entgegen, dass es sich um ein gesellschaftliches Problem handele, an dessen Spitze die Bundesbehörde stehe. Man ziehe auf das schwächste Glied in der Kette. „Wir werden nicht locker lassen“, versprach Janßen unter dem Jubel der Bauern. *aj*



Foto: Jostes

Politik reagiert – aber bisher anders, als notwendig

Milchbauern-Aufstand erreicht Regierungschefs. Aber Minister und EU-Kommission halten an Intervention und Exportdumping fest

Als erster Regierungschef sprach Österreichs Bundeskanzler Werner Faymann mit den Milchbauern. Vor laufenden Kameras versprach er ihnen Unterstützung, auch auf europäischer Ebene (17.09.2009). Da der Verfall der Preise für die Bauern tatsächlich existenzgefährdend sei, werde er die Vorschläge der österreichischen EMB-Organisation IG Milch mit Vertretern der Landwirtschaft und in der Regierung besprechen, sagte Faymann laut Sender ORF. Ziel müsse sein, die Milchmenge durch ein Aussetzen der Saldierung zu reduzieren und eine Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel einzuführen, berichtete Faymann selbst aus dem Gespräch.

Nach Österreich war Luxemburgs Ministerpräsident Jean-Claude Juncker so weit (18.09.2009). Er empfing die Kollegen vom Luxemburger Milch Board (LDB), nachdem auch sie begonnen hatten, Milch mit Güllefässern einzusammeln und auszubringen. Auch Juncker sagte Unterstützung zu. Der Milchmarkt dürfe nicht ganz liberalisiert werden, sondern müsse regionale Gegebenheiten berücksichtigen. Einen Tag später (19.09.2009) empfing Frankreichs Minister Bruno Le Maire die beiden bauernverbandsfernen Milchbauernverbände, die den französischen Milchstreik koordinieren (APLI und OPL), ohne den Bauernverband. Es sei ein ordentliches Gespräch gewesen, hieß es hinterher. Kurz darauf schaltete sich auch der französische Präsident Nicolas Sarkozy über die Medien in die Milchdebatte ein und versprach Unterstützung.

Die Bundeskanzlerin Angela Merkel telefonierte bekanntlich am 24. September mit dem Vorsitzenden des BDM (Bundesverband Deutscher Milchviehalter), um ihn – gemeinsam mit DBV-Präsident Gerd Sonnleitner – zu einem Gespräch nach der Bundestagswahl einzuladen (voraussichtlich am 2.10.). Nicht zuletzt traf der Vorstand des EMB (European Milk Board) mit Mitarbeitern von Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso zusammen.

Sondertreffen

Ein Ergebnis all dieser vielen „Unterstützer“ ist, dass ein Sondertreffen der EU-Agrarminister zur EU-Milchpolitik für den 5. Oktober in Brüssel einberufen wurde. Dieses informelle Treffen, das keine formellen Beschlüsse fassen kann, ist dem regulären Agrarrat vom 18./19. Oktober vorgeschaltet worden. Es werden mehrere Hundert Milchbauern mit ihren Schleppern vor dem Tagungshaus erwartet, um, wenn schon keine formellen Beschlüsse, dann mindestens

konkrete Zusagen einzufordern.

Für das Treffen am 5. Oktober gehen Beobachter davon aus, dass die Kommission trotz aller bisherigen Proteste nur wiederholen will, was sie schon Mitte September (17.09.) im Europäischen Parlament an Vorschlägen vorgelegt hatte. In ihrer Mitteilung spricht die Kommission zwar von der Notwendigkeit, „Angebot und Nachfrage auf

aufgekauft wurden, würde der größte Teil der Überlieferungen weiterhin nicht von der Strafabgabe erfasst. Die Spekulation einiger weniger Betriebe, die ihre Quote erheblich überliefern, würde weitergehen, denn diese könnten weiterhin munter darauf wetten, dass viele andere ihre Quote nicht voll beliefern, weil sie sich am Überschuss-Abbau aktiv beteiligen.“ Notwendig sei



Die französischen Milchbauern suchten den Kontakt zur Bevölkerung. Die Milch nicht einfach weg-schütten, sondern lieber verschenken und über die eigenen Belange aufklären. Foto: Nürnberger

dem Markt besser aufeinander abzustimmen“. Aber der einzige Vorschlag, der eine Senkung des Angebots beinhaltet, zielt darauf ab, dass die einzelnen Mitgliedstaaten Programme zum Herauskauf von Milchquoten auflegen. Die herausgekauften Quoten sollen dann in die nationale Reserve eingestellt und aus der nationalen Saldierung von Über- und Unterlieferungen herausgehalten werden können.

Die AbL-Vorsitzende Heubuch kommentierte: „Ihren positiven Vorschlag, den Nationalstaaten mehr Spielraum bei der Saldierung zu geben, hat die Kommission damit gleich wieder vergiftet. Denn wenn sie nur solche Quoten aus der nationalen Saldierung ausnehmen will, die vorher vom Staat

daher die Abschaffung der Saldierung. Die Kommission kündigte ferner an, „Arbeitsgruppen von Sachverständigen aus den Mitgliedstaaten und der Kommission“ einzurichten. Sie sollen u.a. einen Vorschlag erarbeiten für einen Rechtsrahmen für die vertraglichen Beziehungen zwischen Erzeugern und Milchwirtschaft, „um Angebot und Nachfrage auf dem Markt besser aufeinander abzustimmen und zugleich einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten“. „Auch dieser Vorschlag sei bislang gegen die Bauern gerichtet, so der AbL-Vorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf. „Was fehlt, das ist ein europäischer Rechtsrahmen, der den Bauern erlaubt, sich mit ihrer Milch zusammenzuschließen. Das aber

greift die Kommission nicht auf. Sie will die Milchbauern noch stärker an die Molkereien binden und hat dabei im Sinn, die staatliche Quote in eine Molkereiquote zu überführen“, warnt der AbL-Vorsitzende.

Intervention

Eine wachsende Zahl von europäischen Ministern hält die Vorschläge der EU-Kommission für unzureichend. Aber sie versammeln sich noch immer nicht hinter der Forderung, die Milchmenge bzw. die Quoten endlich an den gesunkenen Bedarf anzupassen. Vielmehr ist ihre Kernforderung, noch mehr Geld aus dem EU-Haushalt bereitzustellen für den staatlichen Aufkauf samt Lagerhaltung (Intervention) und für Exportsubventionen. Das deckt sich mit den Kernforderungen von Bauernverband und Milchindustrie.

Eine zeitliche Verlängerung der Intervention bis ins nächste Jahr hinein ist auf Vorschlag der Kommission bereits beschlossen. Jetzt fordern die Minister, die staatlich festgelegten Preise für die Interventionsaufkäufe an Butter und Milchpulver anzuheben. Schon für die bisherigen Maßnahmen der Intervention und Exportsubventionen im Milchbereich sind seit Oktober 2008 aus dem EU-Haushalt 1,3 Milliarden Euro bereitgestellt worden. Umgerechnet in Milch liegen an staatlich geförderter Lagerhaltung (inkl. Private Lagerhaltung) derzeit 5 Prozent einer EU-Jahresmilcherzeugung im Lager. Beim Magermilchpulver allein ist es mit über 250.000 Tonnen schon ein Viertel der EU-Jahresproduktion an Pulver.

Bewegung im Markt

Mit 500 Millionen Litern Milch beziffert das EMB die Milchmenge, die durch die vielfältigen Aktivitäten der Milcherzeuger seit dem 10. September in Europa nicht die Molkereien erreicht hat. Das hat am Milchmarkt bereits für Bewegung gesorgt, in Frankreich erreichte der Preis für Milch am Spottmarkt wieder 40 Cent/kg, in Österreich über 35 Cent/kg.

„Die Bauern haben in Selbsthilfe den Abbau der preisdrückenden Überschüsse eingeleitet. Die Minister sind nun in der Pflicht, diese positive Wirkung abzusichern. Dazu muss die Saldierung sofort ganz abgeschafft werden“, fordert der AbL-Vorsitzende. „Sonst droht die Selbsthilfe der aktiven Bauern wiederum durch eine neuerliche Überproduktion unterlaufen zu werden.“

Schwachsinn hoch drei

Die Solidarität aller mit den Milchbäuerinnen und Bauern ist wichtig

Der Krankheitserreger der weltweiten Krise der Finanzwirtschaft ist diagnostiziert. Es ist die Gier. Eine Gier, die nicht gezügelt wird durch staatliche Regelungen, durch Begrenzungen, durch wirkungsvolle Aufsichtsmaßnahmen. Die Einsicht, dass dieses Fehlverhalten begrenzt und bewacht werden muss, führt in Reden der Volksvertreter – gerade auch in Krisen und Wahlkampfzeiten – zu einer Rückbesinnung auf das, was eine soziale Marktwirtschaft sein sollte. Nämlich keine Kreuzung zwischen Marktliberalismus und Sozialhilfe sondern ein Wirtschaftssystem, in dem soziale Komponenten wie gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung, Existenzsicherung usw. Teile und Ergebnisse des Wirtschaftens sind und nicht dem Markt und dem freien Spiel seiner Kräfte überlassen sein sollten.

Gleichermaßen sollte auch die Landwirtschaft nicht dem freien Spiel der Marktkräfte uneingeschränkt ausgesetzt werden, bei dem Fehlentwicklungen durch flankierende Sozialmaßnahmen für die Bauern, Abschlachtprämien für Tiere, Liquiditätshilfen oder staatliche Interventions- bzw. Ausfuhrbeihilfen vertuscht und vernebelt werden. Die Schweineerzeugung ist bereits seit langer Zeit – abgesehen von einigen Ausfuhrunterstützungen – und Einlagerungsmaßnahmen – einem deregulierten Markt ausgesetzt. Wohin das führt, wurde kürzlich in *top agrar*, einer landwirtschaftlichen Fachzeitung, dargestellt. Simon Hoj, ein dänischer Schweineproduzent, hat im Frühjahr seinen Sauenbestand um 2.200 Sauenplätze auf über 4.000 erhöht und er hält zudem 5.000 Mastschweine: „Wir brauchen 30 Ferkel pro Sau und Jahr, um die Kredite abbezahlen zu können. Bei schlechten Leistungen dreht uns die Bank den Hahn zu.“ Dafür, dass dieser Junglandwirt 120.000 Ferkel produziert, gibt es keine wirtschaftlichen Gründe mehr. Das kann nur noch Gier sein – oder das neue ökonomische Prinzip, zu groß zu sein, um fallen gelassen zu werden (to big to fail). Der Betrieb wird von den Banken nicht fallen gelassen, aber der Betriebsleiter ausgetauscht.

Immer kürzere Verfallszeiten

Ich bin auch Ferkelerzeuger. Zum Glück in Westfalen. Hier dreht sich die Treitmühle, angetrieben durch betriebliches Wachstum und daraus folgenden sinkenden Preisen noch nicht so schnell wie in Dänemark oder den Niederlanden. Es ist aber nur eine Frage der Zeit,

bis sich auch hier die Drehgeschwindigkeit erhöht. Noch sind bei uns um 5 € höhere Preise zu erzielen, weil hier die Strukturen bisher noch kleiner sind, und in Erzeugergemeinschaften ein möglichst guter Preis erkämpft wird. So lohnt es sich für die dänischen Bauern trotz Transportkosten, Ferkel in großen Mengen und Partien in den hiesigen Markt zu liefern. Die Marktkräfte wirken jedoch überall gleich, und nichts bezähmt und bewacht sie. Die angeblich notwendigen Tierzahlen und Ferkelleistungen haben immer kürzere Verfallszeiten. Zudem dauert das jeweils nächste Preistief länger an als das Vergangene. Anderthalb Jahre lang hat

bandes gibt es keine Differenzen. Das betrifft Mengensteuerung, Wachstumsgrenzen, Gentechnik oder Exportziele: „Wir haben nicht nur den regionalen Markt sondern auch einen europäischen (Ost) und internationalen (Asien) zunehmend erobert“, so Franz-Josef Möllers, Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband und Deutscher Bauernverband. Aus dem Osten soll das Licht kommen. Wenn es aber flackert, muss der Staat oder die EU mit Ausfuhrhilfen einspringen. Und es stört auch keinen großen, von Marktfreiheit erfüllten Geist, dass in der Hochburg der ISN in Vechta-Oldenburg annähernd 30% der Schweine von Futter-

Einkommens-, Macht- und Arbeitsverteilung sowie für ein qualitatives, an Nachhaltigkeit orientiertes Wachstum. In der Geflügel- und Schweinewirtschaft ist der Zug abgefahren, obwohl angeblich alles richtig gemacht wurde. Es wurde investiert, Kredite aufgenommen, rationalisiert, die Verarbeitungsindustrie ist in diesen Marktsegmenten hochkonzentriert und durch den Lebensmittelhandel nicht leicht auszutauschen. Die Bäume wuchsen scheinbar in den Himmel, obwohl gerade Bauern wissen sollten, dass das nicht funktioniert. Der BDM führt eine historisch notwendige Auseinandersetzung und das mit Führungskräften, Männern



Solidarität unter den Bauern ist wichtig. Auch bei den ökologisch wirtschaftenden Kollegen.

Foto: Herzog

jedes verkaufte Ferkel zehn Euro mitgenommen. Eine kurze Zeit der Preiserholung reicht nicht, ein Liquiditätspolster aufzubauen, denn das nächste Preistief steht vor der Stalltür.

Wenn das Licht flackert

Ich bin Fördermitglied im Bund der deutschen Milchviehhalter (BDM) geworden aus Solidarität mit Milchbauern in Not und aus Übereinstimmung mit den vom BDM formulierten agrarpolitischen Zielen. Diese Ziele sind denen der Interessengemeinschaft Schweinehalter Deutschland (ISN) fast völlig entgegengesetzt. Die Vertreter dieser Organisation haben zuviel Wachstumshormone geleckert. Zwischen deren Positionen und denen des Bauernver-

mittelindustrie und Banken in Lohnmast erzeugt werden. Die Bauern sind Lohnarbeiter ohne Mindestlohn.

Historische Auseinandersetzung

Aber nicht nur die aktuellen agrarpolitischen Positionen haben mich bewogen, Mitglied des BDM zu werden – und wie ich weiß auch andere gleichsinnige Schweinehalter – sondern auch die Teilhabe an einer Auseinandersetzung über die zukünftige Gestaltung unseres Wirtschaftens. Die Krise der Realwirtschaft wurde ausgelöst durch die der Finanzen. Sie ist aber ursächlich auch ein Problem von Überkapazitäten und fehlender Strategien angesichts des Klimawandels, der Endlichkeit von Rohstoffen, ungerechter Vermögens-,

und Frauen, die unverbraucht sind, unabhängig entscheiden und gestalten können, nicht von Konzernen finanziert sind und in weitgehender Übereinstimmung mit einer öffentlichen Meinung handeln. Klaus Wiegand war bis Ende 1988 zuerst Chef von REWE, dann von METRO. In seine Zeit fiel die internationale Expansion dieser Konzerne. Regionale Molkereien und Brauereien verschwanden reihenweise, je stärker sich der Handel im Einkauf konzentrierte. Im *Spiegel* 39/09 urteilt der 70jährige heute darüber: „Das ist Schwachsinn hoch drei. Spätere Generationen werden sich fragen: ‚Was waren das für Menschen?‘ und ‚Wachstum ist ein völlig untauglicher Begriff, um Wohlstand auszudrücken.“ Günther Völker

Bio hat mehr zu verlieren als Marktanteile

Erstmals seit Jahren schwächt das Ökugeschäft – besonders dort, wo es konventionell ist

Agrarindustrie-Bio

In der vorletzten Ausgabe der *Bauernstimme* berichteten wir über die zunehmenden Marktanteile von Legehennen-Großbetrieben im Ökolandbau, wo 14 % aller Betriebe bereits mehr als 30.000 Hennen halten, mit knapp 50 % Marktanteil. Ein großer Teil davon ist bereits in der Hand diverser Tochterfirmen des agrarindustriellen Konzerns „Deutsche Frühstücksei GmbH“.

„Kann das noch Bio sein?“ fragt denn auch die Zeitschrift *Schrot & Korn* in ihrem Bericht über die Pläne der Gollwitzer Agrar GmbH, in Brandenburg 60.000 Biohennen aufzustellen. Der Investor Werner Hofreiter war erst kürzlich aus dem börsennotierten Agrarkonzern KTG Agrar AG der Familie Hofreiter ausgestiegen, die in 30 Betriebsgesellschaften 30.000 Hektar teils ökologisch teils konventionell bewirtschaftet (siehe *Unabhängige Bauernstimme* 12/2007). Vor einer „Industrialisierung der Bio-Landwirtschaft“ spricht denn auch Walter Höhne, Vorstand der „Biohennen AG“, die die Eier von 21 bäuerlichen Familienbetrieben mit insgesamt 80.000 Hennen vermarktet: „Wenn die ökologische Legehennenhaltung ebenfalls zu einem industriellen Produktionsbetrieb verkommt, statt in traditionell bäuerlicher Hand zu bleiben, ist die Bio-Ethik nicht erfüllt!“ Nun will auch die „Milchhof Volksdorf GmbH“ von Rainer Tietböhl, dem Präsidenten des Bauernverbands Mecklenburg-Vorpommern, mit zwei neuen Ställen für 25.000 Hähnchen in die Bio-Mast einsteigen. Die Akzeptanz der Bürger ist laut Nordkurier gering. en

Das Aufkommen einer gewissen Katerstimmung lässt sich nicht verleugnen, wenn die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) erstmals seit Jahren Umsatzrückgänge im Biomarkt verkündet. Vier Prozent weniger als noch im vergangenen Jahr gaben die Menschen im ersten Halbjahr 2009 nach ihren Angaben für ökologisch erzeugte Produkte aus. Allerdings bezogen sich die Umsatzrückgänge fast ausschließlich auf den konventionellen Lebensmitteleinzelhandel (LEH) und die Discounter, so die GfK. Die Bioszene wird denn auch nicht müde zu betonen, dass der Naturkostmarkt sogar im selben Zeitraum noch um 1,5 Prozent gewachsen ist, Menschen in unsicheren Zeiten vertrauensvolle Beratung im Fachgeschäft wollen und die Umsatzrückgänge im LEH sich mindestens teilweise mit Produktpreissenkungen und Auslistungen erklären lassen. Alles sicher nicht ganz falsch, aber auch nicht die volle Wahrheit, denn trotz der in den vergangenen Jahren entstandenen großen Diskrepanz zwischen heimischer Bioanbaufläche und den Absatzmöglichkeiten der Produkte, merken die Biobauern und Biobäuerinnen zunehmend den Druck auf die Erzeugerpreise. Die Getreide- und Kartoffelernte war gut, die Läger sind voll und besonders beim Getreide drängen die großen einheitlichen Partien mit guten Qualitäten aus den ehemaligen Ostblockländern zu Dumpingpreisen auf den Markt. Nicht wirklich mag man da an den Rückgewinn von Marktanteilen durch heimische Qualitäts-Rohstoffe glauben, den Bioland in einer Presseerklärung im August prognostizierte. Demgegenüber steht eine der letzten Aussagen der ZMP, die da lautete: „Getreidelieferungen aus verbandsfreiem Anbau werden aus Preisgründen häufig bevorzugt.“ Dabei sind die Preisniveaus mit 30 Euro für den Doppelzentner Kartoffeln oder 25 Euro für den Doppelzentner Weizen bald an der Grenze der Rentabilität angekommen. Hier spielt nicht zuletzt auch eine Rolle, dass die Bioerzeugerpreise in den letzten Jahren immer weniger eigene Preise und immer mehr konventionelle Hausnummern plus Bioaufschlag geworden sind. Und die konventionellen Preise befinden sich – von kleinen Erholungspausen abgesehen – in permanenter Talfahrt. Glücklicherweise schätzen sich noch am ehesten der klassische Gemischtbetrieb, der zumindest mit seinen Schweine gerade wieder einen Silberstreif am Horizont sieht.

Unübersichtliche Strukturen

Die viel beschworenen konventionellen Strukturen, die Einzug in den Ökolandbau gehalten haben, zeigen viele Gesichter. Preissenkungen im LEH haben natürlich auch Auswirkungen auf die Erzeugerpreise schließlich liegt der geschätzte Anteil des Absatzes von Bioprodukten über konventionelle Supermärkte und Discounter längst bei über 50 Pro-

zent. Der Markt wird immer anonym und unübersichtlicher, Preisbildung immer schwieriger nach zu vollziehen, die Bandagen härter. Kartoffelgroßhändler haben schon Partien unter den von ihnen gezahlten Erzeugerpreisen weiterverkauft, um den Einstieg in größere Geschäfte zu schaffen und Preise künstlich nach unten zu drücken. Hinzu kommt, dass unübersichtliche Strukturen zum einen nicht nur Betrugs Potenzial bieten, sondern erst für das entsprechende Klientel attraktiv werden. Negativschlagzeilen muss auch der Ökolandbau mittlerweile gar nicht mehr so selten aushalten, gerade erst geriet ein Großbetrieb mit Legehennen in Nordrhein-Westfalen ins Visier der Landeskontrollbehörden, weil angeblich Eier von konventionell auf bio umdeklariert und Hühner keinen ausreichenden Zugang zu ihren Auslaufflächen



Wenn Elektrozaun den Auslauf versperrt, werden Biohennen sauer und Kunden betrogen.

Foto:Dreisbach/pixelio

hatten. An diesen Stellen wird dann immer der Ruf nach mehr/besserer/anderer Kontrolle laut – die alleinseligmachende Lösung ist das nicht. Denn viel zu groß sind die Möglichkeiten gerade, je größer und unübersichtlicher die Strukturen sind, bei noch so häufigen Kontrollen nachhaltig Missstände zu beheben. Eine niedersächsische Kontrolleurin berichtet auch von einer gewissen Dickfelligkeit besonders bei Leitern von Großbetrieben, bei denen wirtschaftlich richtig etwas auf dem Spiel steht. Ein Betriebsleiter mit 25.000 Legehennen hatte es nicht nötig, den Stromdraht, der die Hennen an der Benutzung ihrer Auslauffläche hinderte, abzumontieren, bevor die angekündigte Kontrolle kam. Bei 2.000 Eiern mehr oder weniger pro Tag durch Verluste in der Auslauffläche kann man schon mal eine Abmahnung in Kauf nehmen und

Besserung geloben. Für große Freilandhalter ist es attraktiver, auf Bioerzeugung umzustellen, weil die Biokontrolleure im Gegensatz zu den behördlichen Mitarbeitern meist angemeldet kommen. Überbelegungen werden als Schreibfehler deklariert. Ausläufe sind nur mal vorübergehend zur Regenerierung der Grasnarbe geschlossen. Die niedersächsische Kontrolleurin sieht kaum Handhabe gegen solche Geschichten, sie kauft ihre Bioeier nur noch da, wo sie deren Erzeugung direkt beobachten kann.

Sehnsucht nach Sicherheit

Jutta Jaksche vom Verbraucherzentralen-Bundesverband formulierte in der *tageszeitung* knapp: „Die Branche muss sich ändern, um ihren Ruf zu schützen.“ Noch ist das Vertrauen der Verbraucher in Biopro-

dukte groß, aber jeder Skandal lässt es bröckeln. Bisher waren es ausschließlich große Betriebe, meist mit konventionellen Investoren, die in Unübersichtlichkeit Schmutz machten. Die Frage, die sich die vielen Bio-Bauern/-Bäuerinnen stellen müssen, ist, ob sie sich das mühevoll über Jahre aufgebaute Vertrauen kaputt machen lassen wollen von einigen Wenigen, die bei Bio den schnellen Euro wittern. In Zeiten von Krisen, so ein Trendforscher, geben die Leute mehr Geld für qualitativ hochwertige Produkte des täglichen Bedarfs aus. Wenn sie also schon nicht mehr dreimal im Jahr in Urlaub fahren, wollen sie wenigstens beim Eierkauf nicht noch übers Ohr gehauen werden, das sollte sich der Ökolandbau hinter das selbige schreiben.

cs

Die Macht von Europlant, Norika, Saka und Co.

Pflanzkartoffel-Vermehrter brauchen eine Interessenvertretung

Die Kartoffelpreise sind angesichts guter Ernten auch in diesem Jahr wieder unter Druck. Kartoffelbauern protestieren bereits gegen die Versuche von Handelsketten, diese Marktsituation durch Dumpingpreise für Speisekartoffeln auszunutzen. Die Erzeuger von Pflanzkartoffeln leiden zusätzlich unter der Macht der Zuchtkonzerne.

Kartoffel-Vermehrter in Unsicherheit

Speisekartoffeln werden aus Pflanzkartoffeln (Saatkartoffeln) erzeugt. Die geforderte Freiheit von Kartoffelkrankheiten führt zu erheblichen Kosten für Kontrolle und Anerkennung und vor allem zu hohen Pflanzenschutz-Aufwendungen (Insektizide gegen die Übertragung von Viruskrankheiten durch Blattläuse, vorzeitiges Abtöten der Bestände gegen den Befall durch späten Läuseflug). Auch müssen die Pflanzgut-Erzeuger nicht maximale Erträge anstreben, sondern vor allem einen möglichst hohen Anteil mittelgroßer Knollen. Denn „Über- und Untergrößen“ lassen sich schlecht pflanzen, und ein Gemisch allzu unterschiedlicher Größen wäre für den späteren Speisekartoffel-Erzeuger teurer und anbautechnisch schwieriger. Auch Sortierung und Lagerung fordern höhere Aufwendungen und eine hohe Qualifikation von „Pflanzkartoffelprofis“, die sich außerdem durch hohe Investitionen (Maschinen, Kartoffelhallen, Kisten, Beregnung) langfristig an den Kartoffelbau und auch an den Pflanzkartoffelbau binden. Deshalb brauchen Pflanzkartoffelbauern noch stärker als alle Kartoffelbauern kostendeckende und verlässliche Preise. Dafür könnten die Zuchtunternehmen sorgen, die den Pflanzkartoffelsektor von zwei Seiten im Griff haben: Sie beliefern die Pflanzkartoffelerzeuger (Vermehrter) mit dem von ihnen gezüchteten Basispflanzgut bzw. mit Pflanzgut bestimmter Anbaustufen – wobei sie die Preise dafür vorgeben ebenso wie die Mengen und Preise, zu denen der Pflanzguterzeuger seine Ernte später im Herbst oder im nachfolgenden Frühjahr an die Speisekartoffel-Erzeuger abgeben darf. Natürlich haben auch Züchter Investitionen und Aufwendungen, auch bleibt die Unsicherheit über die Ungunst oder Gunst der Abnehmer hinsichtlich der unterschiedlichen Sorten – aber die Züchter setzen die Rahmenbedingungen einseitig zu ihrem Vorteil und wälzen das Risiko auf die Landwirte ab.

Europlant, Norika und Saka

Mittlerweile gibt es nur noch drei große deutsche Zuchtunternehmen, die auch den Absatz von Kartoffeln weitgehend in der Hand haben:

Da ist einmal die **EUROPLANT**, die der Familie Böhm und der Nordkartoffelzucht GmbH (Raiffeisen Central Heide, Vereinigte Saatzuchten Ebstorf-Rosche, Stader Saatzucht) gehört. Sie kontrolliert etwa 50 Prozent der Vermehrungsfläche, exportiert über eine eigene Firma in mehr als 35 Länder, vermehrt auch im Ausland (Frühkartoffeln) und vermarktet Kartoffeln (für Speisesektor, Ernährungs- und Stärkeindustrie) über Tochterfirmen wie Krohn, Kartoffelkontor oder die Agrata-Abpackbetriebe.

Zweiter im Sektor mit ca. 15 Prozent ist die **NORIKA**, die mehreren Kartoffelverarbeitern gehört (Intersnack, Lorenz, Nähr-Engel, Stöver u.a.) und auch zu einem großen Anteil speziell die dafür benötigten Sorten vermehren lässt und vermarktet (z.T. über die liierte Firma Hanoka).

Etwa gleichgroß ist die **SAKA**, maßgeblich bestimmt durch die Putenzucht-Firma von Kameke. Der Export läuft über die Firma Solana, der Kartoffelhandel über die Abpackbetriebe „Böhmer“.

Abhängigkeit und Undurchsichtigkeit

Diese Macht nutzen die Kartoffelzüchter (zugleich Händler) aus: Sie schätzen und verteilen vorab die Vermehrungsflächen, ohne Einfluss der Landwirte und oft so hoch, so dass viele Erzeuger später auf 40 bis 50 Prozent ihrer Kartoffeln sitzen bleiben. Die Züchter sind zur Abnahme nicht verpflichtet. Sie geben den Pflanzguterzeugern aber vor, an wen sie zu welchem Preis das Pflanzgut abgeben dürfen bzw. müssen. Die Preise werden meist gepoolt mit den nicht abgesetzten Mengen – jede Transparenz und Nachprüfbarkeit darüber fehlt den Bauern. Für nicht absetzbare Pflanzkartoffeln gilt zudem bis zu einem vom Züchter gesetzten Termin ein Verbot für alternative Vermarktung (bspw. als Speisekartoffel).

Für den Erzeuger sind neben den – sortenweise sehr unterschiedlichen – Herbst- und Frühjahrspreisen auch die Anteile des Verkaufs als Pflanzkartoffeln entscheidend für die Rentabilität. Nominell etwa 70 Prozent des Verkaufspreises, real wegen der Poolung eher 50 Prozent von den Erlösen der Züchter bekamen die Vermehrter früher. Über den heutigen, sicher viel niedrigeren Anteil herrscht keine Markttransparenz. Die Vermehrter sind durch Vermehrungsverträge längerfristig gebunden, die ihnen von den Züchtern oft einfach fertig zugeschickt und diktiert werden. Angesichts von nur noch drei Züchterhäusern gibt es auch nur noch begrenzte Möglichkeiten des Wechsels. Dazu passt die Strategie der Züchter, die bisherigen Vermehrter-Organisierungen (VOs) – wie z.B. regionale Genossenschaften – nicht mehr in der Vergabe und Verrechnung gegenüber den Landwirten zwischenschalten.

Organisationen (VOs) – wie z.B. regionale Genossenschaften – nicht mehr in der Vergabe und Verrechnung gegenüber den Landwirten zwischenschalten.

Interessenvertretung aufbauen

Viele Bauern fühlen sich angesichts dieser Verhältnisse „wie die Maus in der Falle“ und sogar als „Skaven der Züchter“ – so eine Fachzeitschrift. Eine Markttransparenz wollen die Züchter und deren Lobby-Organisation Bundesverband der Deutschen Pflanzenzüchter verhindern, ebenso eine effektive Interessenvertretung der Vermehrter. Wer sich auflehnt, wird oft mit schlechten Absatzquoten bestraft. Die Posten etlicher Bauernverbands-Funktionäre (allen voran DBV-Vizepräsident Werner Hilse) in Vorständen, Aufsichtsräten und Beiräten diverser Unternehmen und Verbände der Kartoffelwirtschaft scheint eine Interessenvertretung der Landwirte eher zu hemmen als zu fördern. Auch die „Saatzucht-Erzeuger-Gemeinschaften“ (SEGs) erfüllen diese Erwartung nicht, meist platzieren die Züchter ihnen genehme Vermehrter in den Gremien. Einige Vermehrter haben – im Wissen um den Wert ihrer schwer austauschbaren Professionalität – mittlerweile eigene Verbände gegründet. Andere haben durchgesetzt, dass sie selbst direkt in Verbindung mit den späteren Pflanzgutkäufern treten dürfen. „Das Ziel muss sein“, so ein Vermehrter, „dass wir diese direkten Beziehungen zu unseren Abnehmern auch ohne Genehmigung der Züchter aufnehmen können – dann könnte man den Anbau und die Sortierung auch speziell nach deren Anforderungen und zu beiderseitigem Nutzen ausrichten.“ Gegen eine gezielte Sortierung z.B. aber wehren sich die Züchter noch, weil ihre Umsätze beim Verkauf großer Kartoffeln steigen. Erfolgreich wehren sich viele Erzeuger gegen die Verpflichtung, ihre Buchhaltung mit Produktions- und Kostendaten gegenüber den Züchtern offen zu legen – dieses Wissen würden diese zu weiterem Preisdruck nutzen. Und schließlich hat auch der erfolgreiche Kampf der IG Nachbau gegen Europlant und für die Erhaltung der Sorte Linda Zeichen gesetzt.

Die Parteien müssen rasch neue Rahmenbedingungen beim Saatgutverkehrsgesetz und Sortenschutzrecht setzen. Es gilt auch zu verhindern, dass Chemie- und Gentechnik-Konzerne diesen Sektor beherrschen. Die meisten Züchter betreiben bereits Gentechnik-Forschung im In- und Ausland und kooperieren dabei mit ausländischen Züchtern. Auch die BASF will für ihre Gentechnik-Stärke-Sorte Amflora die Zulassung erzwingen. Die KWS-Gruppe will jetzt mit der holländischen van-Rijn-Gruppe gentechnisch veränderte Knollen – zunächst – auf ausländische Märkte liefern.

Eckehard Niemann



Gentechnik hält schleichend Einzug

Immer häufiger kommt es zu unkontrollierten Verunreinigungen von Saatgut

Immer häufiger finden sich Verunreinigungen mit gentechnisch veränderten Konstrukten in sowohl zur Aussaat als auch zum Verzehr bestimmten Pflanzensaatgut. Einer Recherche von Bioland und Greenpeace zufolge waren im Jahr 2009 von 386 in Deutschland für die Aussaat bestimmten Mais-Proben 22 mit genmanipulierten Organismen verunreinigt. 11 Saatgutpartien enthielten den Genmais Mon810, der EU-weit zum Anbau zugelassen, in Deutschland aber seit April verboten ist. Seit 2006 besteht eine Absprache der Bundesländer, nach der Saatgut mit dem Gen-Mais Mon810 verunreinigt sein darf. Oft sehen die Länder bis zur Grenze von 0,1 Prozent keinen Handlungsbedarf. Damit verstoßen sie nach Auffassung von Greenpeace und Bioland gegen das europäische Reinheitsgebot für Saatgut. In der Praxis führt eine Verunreinigung von 0,1 Prozent bei Maissaatgut zu 80 bis 100 gentechnisch veränderten-Pflanzen pro Hektar.

Spärlicher Informationsfluss

Bereits im Jahr 2007 kam es in den Bundesländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern unwissentlich auf insgesamt 1.500 ha zur Aussaat von mit illegalem Gen-Raps verunreinigtem Saatgut der Sorte Taurus. Obwohl die Offenlegung der betroffenen Flächen gemäß Umweltinformationsgesetz rechtlich vorgeschrieben ist, wurden entsprechende Auskünfte dem Anbauverband Bioland durch die zuständigen Ministerien verweigert. Dies veranlasste Bioland mit der Unterstützung von Greenpeace, eine Bekanntgabe der mit verunreinigtem Rapsaatgut kontaminierten Flurstücke in den betroffenen

Bundesländern gerichtlich zu erzwingen. Für die Bundesländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen liegen seit September diesen Jahres entsprechende Verwaltungsgerichtsurteile vor, die die Landwirtschaftsministerien zwingen, die Flächen öffentlich zu machen.

„Die Blockadepolitik der niedersächsischen Landespolitik ist gescheitert. Durch die eindeutige Rechtslage hätte dieser Prozess vermieden und Steuergelder gespart werden können,“ so Harald Gabriel, Geschäftsführer von Bioland Niedersachsen. „Es kann nicht sein, dass Informationen über Verunreinigungen von Saatgut erst über langwierige Behördenanfragen zugänglich werden oder gar von Betroffenen eingeklagt werden müssen“, sagt Stephanie Töwe, Gentechnikexpertin von Greenpeace. „Verbraucher, Landwirte und Hersteller haben ein Recht auf Gentechnikfreiheit. Deshalb muss ein hundertprozentiges Reinheitsgebot für Saatgut gelten.“

Raps besonders riskant

Gerade Gen-Raps ist eine besonders problematische Frucht, bei der eine Koexistenz mit Nicht-GVO Anbau praktisch unmöglich ist. Gentechnisch veränderter Raps kann im Boden über zehn Jahre keimfähig bleiben, sich mit natürlich vorkommenden Pflanzen wie Hederich kreuzen und sich über benachbarte Rapsfelder durch Pollenflug und Insekten ausbreiten. Zwar sehen die Behörden Maßnahmen in Reaktion auf unwissentlich ausgebrachtes verunreinigtes Saatgut vor. Ob diese in jedem Fall ausreichend sind, darf bezweifelt werden. In Niedersachsen wurden die betroffenen Landwirte verpflichtet, den aufgelaufenen Raps wieder einzuarbeiten. Doch eine längere Anbaupause von

Raps oder ein besonderes Controlling der Flächen, wie es sonst bei Gentechnik-Versuchsstandorten verpflichtend durchgeführt werden muss, wurden nicht zwingend vorgeschrieben. Bei der Aussaat des kontaminierten Saatgutes ist vermutlich nur ein Teil des Gen-Rapses aufgelaufen, so dass durch die nachfolgende Bodenbearbeitung ein Teil der keimfähigen Rapskörner immer noch im Boden als Samenbank verblieben ist und in den kommenden Jahren aufwachsen kann.

Ursache unbekannt

Laut Feststellung des Ernährungsministeriums liegen über die Ursprünge der Verunreinigungen „keine belastbaren Informationen vor“. Die Grünen-Agrarexpertin Ulrike Höfken machte

gegenüber der *Saarbrücker Zeitung* das Fehlen konkreter Schutzbestimmungen für die Maschinenreinigung, Lagerung und Transport als häufigste Ursache für die Verunreinigungen aus. Hier liege ein „fatales Versäumnis“ der Bundesregierung vor.

Dass die illegalen Genkonstrukte auf den Feldern längst nicht halt machen, sondern auch auf den Tellern der Verbraucher landen, beweist der Fund von verunreinigtem Leinsamen in Brot, Brötchen und Müsli im September diesen Jahres. Auch hier war massiver Druck seitens Greenpeace erforderlich, um betroffene Hersteller und Handelsketten öffentlich zu machen und zu erreichen, dass die den kontaminierten Leinsamen enthaltenden Produkte vom Markt genommen wurden. *aj*



Koexistenz funktioniert nicht! Wegen gentechnisch verändertem Lein mussten große Partien zurückgerufen werden. ©BLE, Bonn/Foto: Thomas Stephan

Landliebe ohne Gentechnik

Campina profitiert von der Einführung der gentechnikfreien Fütterungsinitiative

Während die Verbraucher insgesamt weniger Trinkmilch konsumieren als vor einem Jahr und der Gesamtmarkt rückläufig ist, zeigt das Fütterungskonzept der bekannten Milchmarke „Landliebe“ (Campina) deutliche Erfolge. In den ersten sieben Monaten des Jahres 2009 konnte der Absatz der „Landliebe Landmilch“ ohne Gentechnik um rund 7,7 Prozent gesteigert werden. Unterstützt wird dies durch eine neue, groß angelegte Fernsehkampagne, die seit März dieses Jahres ausgestrahlt wird.

„Der Einzelhandel hat uns bestätigt, dass der Stempel ‚ohne Gentechnik‘ hervorragend zu ‚Landliebe‘ passt“, weiß Michael Feller, Managing Director bei FrieslandCampina Germany. Und die Kennzeichnung hat zur Absatzsteigerung von „Landliebe Landmilch“ beigetragen wie die Zahlen belegen. Das langfristige Ziel besteht gemäß Feller darin, dass das gesamte Landliebe-Sortiment den Stempel „ohne Gentechnik“ tragen darf. So weit ist es aber noch nicht, da dann auch alle Ingredienzen garantiert frei von genetisch modifizierten Organismen (GMO) sein müssen. Vor allem für Produkte mit zahlreichen anderen Zutaten als Milch ist das eine echte Herausforderung. Seit Oktober 2008 informiert der Stempel „Ohne Gentechnik“ auf allen Frischmilch- und H-Milch-Verpackungen über die GVO-Freiheit der Landliebe-Produkte. Möglich wurde die Kennzeichnung durch eine Fütterungsinitiative auf den Landliebe-Höfen: So erhalten die Kühe überwiegend Futter, das schon seit jeher in Deutschland kultiviert wird und damit ohne

Gentechnik auskommt wie z. B. Gras, Raps oder Lupinen. Gleichzeitig wird auf Futtermittelimporte aus Übersee und damit auch auf gentechnisch verändertes Soja verzichtet. Noch im Jahr 2006 stand Landliebe massiv unter dem Druck von Greenpeace-Kampagnen, die auf die Widerspruchlichkeit des auf Natürlichkeit und bäuerliche Landwirtschaft zielenden Images der Marke und der tatsächlichen Fütterung von gentechnisch verändertem Mais und Soja auf Landliebe Betrieben hinwiesen. *aj*

Vielfalt ernährt die Welt

Natürlich ohne Gentechnik!

Unter diesem Motto demonstrierten am 13. September auf dem Ulmer Münsterplatz Tausende Bauern, Verarbeiter und Verbraucher für eine zukunftsfähige Landwirtschaft und den Erhalt der biologischen Vielfalt. Das Programm der von Bauern und Naturschützern organisierten Großkundgebung hatte von hochkarätigen Rednern über Markt- und Infostände bis hin zu Kabarett- und Musikeinlagen Einiges zu bieten. Eine neue Art des Protestierens stellte hierbei die gentechnikfreie „Protest“-Tafel dar, an welcher symbolisch das regionale Gericht Linsen mit Spätzle und Saiten gereicht wurde. Auf diese Weise zeigten Bauern und Verarbeiter, wie Vielfalt und regionale Ernährungssicherheit praktisch aussehen kann und vor allem schmeckt: Bis in die sechziger Jahre wurden die „Alb-Laisa“ auf der schwäbischen Alb traditionell angebaut, danach galten sie bereits als ausgestorben. Es ist der Pionierarbeit einiger Bauern zu verdanken, dass diese alte Kulturpflanze als hochwertiger und äußerst leckerer Eiweißlieferant wieder auf über 40 ha auf der Schwäbischen Alb angebaut wird. Die dazu gereichten Saiten stammen vom Schwäbisch Hällischen Schwein der Bäuerlichen Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall, auch hier ist es bäuerlichem Engagement zu verdanken, dass diese alte Haus-

tierrasse erhalten blieb und sich in der heutigen Zeit zusehends neuer Beliebtheit erfreut.

Im Diskussionsverlauf um das Für und Wider der Agro-Gentechnik betonte Hans Herren, Co-Präsident des Weltagrarrats, das Ergebnis des Weltagrarratsberichts. Nachdem ein „Weiter so“ der industriellen Landwirtschaft keine Option sei, könne nur eine bäuerliche Landwirtschaft die Ernährung der Weltbevölkerung sicherstellen. Aldo Gonzalez vom Komitee zum Schutz des Mais aus Mexiko rief zur Solidarität mit mexikanischen Maisbauern und -bäuerinnen auf: „Durch Hilfslieferungen, die Genmais enthielten, wurde ein Teil unserer Kultur ohne unser Wissen verseucht. Gentechnik zerstört die Wiege des Mais und macht uns indigene Völker von Agrarkonzernen des Westens abhängig. Dagegen wehren wir uns und brauchen eure Unterstützung!“ Brigitte Dahlbender vom BUND verwies auf die von den Veranstaltern in Auftrag gegebene und bereits am 10. September vorgestellte Emnid-Umfrage „Beeinflusst Gentechnik die Bundestagswahl?“. Demnach lehnen 65 Prozent der Deutschen gentechnisch veränderte Lebensmittel ab. „Die Regierenden müssen endlich den Wählerwillen akzeptieren“, fordert

Dahlbender. Obwohl die ebenfalls an der Diskussion teilnehmende Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) von den Gentechnik-Gegnern mit fundierten und vielfältigen Argumenten gegen die Agro-Gentechnik konfrontiert wurde, hielt sie eisern an ihrer Position fest, die deutsche Forschung dürfe sich auch bei diesem Thema nicht international abhängen lassen. Mit Blick auf die zukünftigen Generationen dürfe man mit der Forschung an gentechnisch veränderten Pflanzen nicht aufhören. „Auch das ist nachhaltige Politik“, äußerte Schavan unter heftigen Protestrufen und Pfiffen seitens der Zuhörer.

Die Veranstaltung in Ulm richtete sich nicht einfach nur gegen Gentechnik. Vielmehr stand sie für einen Zukunftsentwurf der Landwirtschaft, der bereits direkt vor Ort in aller Vielfalt und ganz praktisch stattfand: Bauern, Verarbeiter und Verbraucher erkennen einander als gleichwertige Partner in der regionalen Produktionskette an und sichern so die nachhaltige Versorgung mit zahlreichen, qualitativ hochwertigen und schmackhaften Lebensmitteln. Das krampfhaftes Festhalten einiger Politiker an der Risikotechnologie Genmanipulation, welche dieses Miteinander nachweislich verunmöglicht, erscheint somit immer unverständlicher. aj

Grolm erzwingt Freilassung

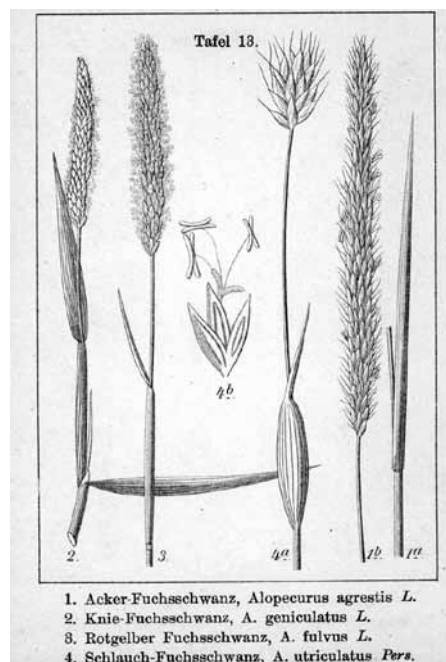
Nach einer vom Bundesverfassungsgericht erlassenen einstweiligen Anordnung wurde der Berufsimker und Feldbefreier Michael Grolm am 23. September freigelassen. Er war 27 Tage in Erziehungshaft, weil er 2007 ein Feld im Oderbruch von dem Genmais MON 810 befreite. Grolm war weder bereit, ein Ordnungsgeld von 1.000 Euro zu bezahlen noch den Offenbarungseid zu leisten. Nach Auffassung der Rechtshilfe von „Gendreck weg“ war die Haftdauer schon längst unverhältnismäßig, dies verstieße gegen das in Artikel 2 Grundgesetz garantierte Freiheitsrecht. Das Bundesverfassungsgericht gab den Gentechnikgegnern Recht. Neben Grolm begab sich bereits der zweite Feldbefreier von Gendreck-weg freiwillig ins Gefängnis. Am 22. September trat Christian Pratz in Kassel eine vierzehntägige Gefängnisstrafe an. Pratz war ebenfalls an der Feldbefreiung im Oderbruch beteiligt. Er wurde zu einer Geldstrafe von 200 € verurteilt und ist nicht bereit, diese zu zahlen. aj

„Horrorvision“ Ackergras-Resistenz

Ackerfuchsschwanz und Windhalm machen zunehmend Probleme, weil die Herbizide ihre Wirkung verlieren

Von einer „Horrorvision“ spricht der Kammerberater Dr. Manfred Bartels im Wochenblatt *Land & Forst* und davon, dass manche schweren Äcker bald wieder Ochsenweiden werden: Es geht um die starke Zunahme resistenter Typen von Ackerfuchsschwanz und Windhalm auf Marschen, Tonböden und auch anderen Standorten. Nach dem jahrzehntelangen, intensiven und immer teureren Herbizid-Einsatz wurden alle Wirkstoffe „verschlissen“: So verloren zunächst die Harnstoffderivate (Chlortoluron bzw. „Dicuran“) ihre Wirkung, danach Isoproturon (IPU bzw. „Arelon“), dann auch die FOP-Präparate („Ralon super“, „Topik pur“), schließlich die ALS-Hemmer bzw. Sulfonylharnstoffe („Lexus“) und nun auch ansatzweise das verbliebene „Atlantis“. Auch Bodenherbizide wie „Herold, Stomp, Boxer, Cadou und Malibu“ zeigen nur noch Teilwirkungen. Damit, so Bartels, ist das „Ende der Fahnenstange“ erreicht, weil die Industrie in den letzten 20 Jahren zwar immer neue Produktnamen, aber keinen neuen Wirkstoff-Mechanismus entwickelte.

Die Gründe sieht Bartels darin, dass bei einer „kurzfristigen Verfahrensweise“ aus „kurzfristig überzeugenden betriebs- und arbeitswirtschaftlichen Gründen“ und infolge der „Verführung durch die moder-



nen Möglichkeiten der Landtechnik und des Pflanzenschutzes“ die klassischen Ackerbauregeln in Vergessenheit gerieten: „Auf Dauer genügt es nicht, nur noch Weizen nach Weizen anzubauen, diesen baldmöglichst nach dem Räumen der Vorfrucht irgendwie zu bestellen, ein paar Mal zu düngen und zu spritzen und anschließend zu ernten.“ Folgende Anbausünden begünstigen die Herausbildung und das Wachstum resistenter Ungräser: Weizenmonokulturen, Bevorzugung kurzstrohiger Sorten, Verlagerung des Saattermins von Ende Oktober in die Mitte des Septembers, geringe Aussaatstärken, immer weniger Bodenbearbeitung und Pflugfurche. Resistenzen treten daher auch bei Trespens auf, außerdem verstärkte Probleme mit Pilzkrankheiten und Mäusen.

Der Pflanzenschutzberater rät zum regelmäßigen Wechsel der noch einsetzbaren Wirkstoffe, hofft auf die Entwicklung von Mähdeschertechnik mit Auffangvorrichtungen für Ungrassamen und fordert vehement die Wiederbeachtung guter ackerbaulicher Regeln. en

Praxisnah studieren

Der Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften der Universität Kassel in Witzenhausen bietet ab Herbst 2009 gemeinsam mit dem Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen das Duale Studium Landwirtschaft an. Im Rahmen dieses Studiengangs ist es möglich, sowohl das Bachelorstudium als auch die landwirtschaftliche Lehre zu absolvieren. Ziel dieses besonderen Ausbildungsangebotes ist es, Theorie und Praxis möglichst eng miteinander zu verbinden. Zugleich verkürzt sich die Gesamtausbildungszeit von fünf auf vier Jahre. Der Studienverlauf gliedert sich in mehrmonatige berufspraktische Abschnitte auf landwirtschaftlichen Betrieben im Wechsel mit den regulären Studiensemestern des Bachelorstudiums an der Universität in Witzenhausen. Zulassungsvoraussetzung sind mindestens ein Jahr landwirtschaftliche Lehre sowie die (Fach-) Hochschulreife, im Einzelfall kann auch ein Praktikum mit Praktikantenprüfung anerkannt werden.

Infos unter www.uni-kassel.de/agrar/dsl aj

Tierpharma-Geschäfte

Die Tiermedizin-Sparten der großen Pharma- und Chemiekonzerne geraten in den Strudel der ungebrochenen Chemie-Fusionswelle. Branchenführer ist derzeit der Pfizer-Wyeth-Konzern mit seiner Tierpharma-Sparte „Fort Dodge“. Zweiter wird vermutlich bald der französische Pharmakonzern Sanofi-Aventis sein, der seine Beteiligung an der „Merial“-Tierpharma bald aufstocken könnte, weil der Pharmakonzern Merck nach der Fusion mit dem Pharmakonzern Schering nun wohl seine „Merial“-Anteile verkauft und eventuelle auch noch die Schering-Pharmasperte „Intervet“. Allerdings könnte Sanofi-Aventis noch überholt werden, wenn Boehringer-Ingelheim, der zweitgrößte deutsche Pharma-Konzern nach Bayer, Teile des Veterinärgeschäfts des US-Konzerns Pfizer/Wyeth übernehmen könnte. 2008 betrug der Weltumsatz mit Tierarzneimitteln 20 Milliarden Dollar. In Deutschland wurden knapp 0,7 Milliarden umgesetzt, etwa jeweils zu einem Viertel mit Antibiotika, Impfstoffen, Antiparasitenmitteln und anderen Spezialprodukten. pm

Tyson baut ab

Der US-Geflügelkonzern Tyson ist auch einer der größten Massentierhalter von Schweinen. Nachdem er – ebenso wie der Schweinekonzern Smithfield – massive Verluste einfuhr, reduziert Tyson seinen Sauenbestand in Arkansas und Oklahoma von 110.000 auf 90.000, den Mastschweinebestand ebenso. Tyson Foods hält 35 % seiner Schweine in eigenen Betrieben, die übrigen in Vertragsbetrieben. pm

Kartoffelkäfer-Bekämpfung im Ökolandbau

Als „vielversprechend“ in der Abwehr des Kartoffelkäfers im Ökolandbau bewerten Pflanzenschutz-Experten in der Zeitschrift *top agrar* das neue Bio-Präparat Spinosad. Im konventionellen Kartoffelanbau habe man bei chemisch-synthetischen Pyrethroiden eine nachlassende Wirkung konstatieren müssen, seit 2007 wurden vor allem Neonicotinoide eingesetzt. Aber ohne Wirkstoffwechsel kam es auch hier schnell zu Resistenzen. Auch im Ökolandbau ließ die Wirkung der dort zugelassenen Mittel nach, so beim aus Chrysanthemen gewonnenen Pyrethrum: Dessen Wirkungsmechanismus ist mit dem der synthetischen Pyrethroide im konventionellen Anbau identisch, so dass von daher viele Käfer bereits resistent geworden sind. Auch das insektengiftige Bakterienpräparat *Bacillus thuringiensis tenebrionis* (B.t.t) lässt an Wirkung nach. Gute Erfolge ergab allerdings die Kombination des tropischen Neembaumöls mit B.t.t. Seit 2008 ist im Ökolandbau Spinosad zugelassen, ein Stoffwechselprodukt eines Bodenbakteriums, das als Nervengift gegen Insekten wirkt. Im Anbauversuch wurde es – neben dreimaliger Ausbringung von Kupferpräparaten gegen Krautfäule – eingesetzt. Die Kosten waren mit 36 Euro stark billiger als die Kombinationen von Neem und B.t.t (277 Euro) bzw. die zweimalige B.t.t-Anwendung (230 Euro). Wie im konventionellen Anbau warnen die Autoren vor dem einseitigen Einsatz der Mittel, um der Resistenzbildung entgegenzuwirken. Unter Biobauern geht die Debatte weiter, inwiefern die Ausweitung der Mittelpalette mit den Prinzipien und dem Image des Ökolandbaus vereinbar ist. en

Kurzes am Rande

Stressfreies Schlachten auf der Weide

Entwicklung einer Alternative für Tiere aus ganzjähriger Freilandhaltung

Jeder Landwirt, der Rinder in extensiver Freilandhaltung hält, kennt das Problem: Der Tag der Schlachtung. Ein oder mehrere Rinder müssen eingefangen, von der Herde separiert, verladen und zum Schlachtbetrieb transportiert, dort entladen und der Betäubungsbox zugeführt werden. Nicht nur bezüglich des damit verbundenen Zeit- und Kraftaufwandes, sondern auch im Hinblick auf den Erhalt der Fleischqualität und nicht zuletzt aus ethischer Sicht, stellt dieser Vorgang ein Problem dar.

Für Rinder und Schweine, die ganzjährig im Freien leben, gibt es eine Alternative: Mit Genehmigung der zuständigen Behörde ist es möglich, die Tiere durch den Kugelschuss auf der Weide zu betäuben bzw. zu töten (TierSchlV Anlage 3 zu §13 Abs. 6). Die Erteilung der Genehmigung durch die zuständigen Behörden wird allerdings in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich gehandhabt. Entscheidend ist die Einhaltung der Bestimmungen der EU-Hygieneverordnung 853/2004. Insbesondere die Bestimmung „In die Schlachthanlage dürfen nur lebende Schlachttiere verbracht werden“.

Um diese Regelung auch nach einem Kugelschuss auf der Weide erfüllen zu können, hat die Innovative Schlachtsysteme TackeTrampenau GbR in Kooperation mit der Universität Kassel-Witzenhausen und

dem Landwirt Ernst Hermann Maier, eine Transport- und Entblutebox (TE-Box) entwickelt. Die TE-Box ist dezentraler Teil einer Schlachtstätte. In ihr wird das Tier nach der Betäubung durch den Kugelschuss durch Blutentzug getötet.

Die TE-Box wurde für die Dreipunktaufhängung des Schlepper konstruiert. Das betäubte Tier wird durch Befestigung der Vorder- und Hinterläufe an Seilwinden über die Schlepperhydraulik in die Box befördert und kann nach dem Entbluten zur weiteren Zerlegung in den nächsten Schlachtbetrieb transportiert werden. Voraussetzung ist eine relative Nähe zu einem zertifizierten Schlacht-/Zerlegebetrieb, auch wenn eine zeitliche Begrenzung zwischen Entblutung und Verbringung zur weiteren Zerlegung in den Schlachtraum nach der EU-Hygieneverordnung 853/2004 nicht vorgeschrieben ist. Lediglich eine Kühlung wird notwendig, wenn der Transport länger als zwei Stunden dauert und die Witterungsbedingungen dies erfordern.

Dieses Schlachtsystem hat den Vorteil, dass die Tiere dort sterben, wo sie leben. Für den Landwirt bedeutet dies neben der verbesserten Fleischqualität einen Wegfall des kraftraubenden und teilweise gefährlichen Einfangens und damit eine enorme Zeit- und Arbeitskräftersparnis.

Mabelle Tacke und Lea Trampenau



Einfach am Frontlader im Freien war einmal.

Foto: Eisenberg

Leserbrief

Exportbeihilfen sind unverantwortlich

Die Podiumsdiskussion im Gemeindehaus am Markt hat wieder viele Missstände aufgezeigt, vor allem das Problem der Milchüberschussproduktion nicht nur in Deutschland bzw. Europa. Durch Exporterstattungen, wobei unsere Steuergelder verwendet werden, gelangt Milchpulver auf den Markt von Entwicklungsländern. Wie Frau Callenius von „Brot für die Welt“ erläuterte, wurde z. B. in Kamerun eine eigene Milchwirtschaft auch durch deutsche Entwicklungshilfeprojekte aufgebaut. Es entstanden Molkereien und viele Menschen haben sich Existenzmöglichkeiten schaffen können. Nun gelangt Milchpulver, durch EU-Gelder finanziert, auf den Markt in Kamerun. Dieses Milchpulver ist für die Einheimischen wesentlich billiger als die eigene Milch. Auf diese Weise gehen Molkereien Pleite und vielen Familien wird die Existenzgrundlage entzogen. In Kamerun leben 75 Prozent der Menschen von der Landwirtschaft. Dieser unsinnige Milchpulvertransport ist von vielen EU-Politikern gewollt, um Milch vom europäischen Markt zu nehmen. Auch Politiker einiger Parteien in

Deutschland wollen Exporterstattungen ausweiten. Leider wird dieses Bestreben auch vom Deutschen Bauernverband unterstützt. Dies halten wir nicht zuletzt aus christlicher Sicht für unverantwortlich. Unsere Kinder stellten uns die Frage, was wir als Einzelne dagegen tun könnten. In direktem Bezug zur anstehenden Bundestagswahl kann die Antwort nur lauten, dass wir unsere Stimme keiner Partei geben können, die Exporterstattungen zur Regulierung des Milchmarktes befürwortet. Konsequenterweise können wir als Landwirte aus moralischer Sicht auch keinem Verband angehören, der weitere Exportbeihilfen fordert. Es gibt andere Möglichkeiten, die Milchmenge an den tatsächlichen Verbrauch anzupassen, die den Steuerzahler keinen Cent kostet. In unserer globalisierten Welt handeln viele Politiker und Verbandsvertreter sehr verantwortungslos. Herr Pastor Ostendorp, als Diskussionsleiter, fand sehr passende Abschlussworte: „Herr vergib Ihnen, obwohl sie wissen was sie tun!“.

Berthold und Elisabeth Magritz

Leserbrief

Was ist mit Glyphosat?

Von Seiten der Agrogentechnik wird gerne argumentiert, Glyphosat und das formulierte Herbizid Roundup seien weniger gesundheits- und umweltbelastend als andere Herbizide. Doch in den letzten Jahren wurden vermehrt Daten gesammelt, die zeigen, dass toxische Effekte von Glyphosat nicht auf Pflanzenzellen beschränkt sind und der Wirkstoff daher keineswegs so unproblematisch ist, wie in der Öffentlichkeit dargestellt. Studien von der Industrie zu Glyphosat beziehungsweise Roundup werden der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht. Studien unabhängiger Wissenschaftler der letzten Jahre lieferten Hinweise auf negative Wirkungen von Glyphosat und Roundup auf die Nieren von Mäusen, trächtige Ratten und die Spermienbildung bei Kaninchen. Auch Amphibien reagieren sehr empfindlich auf Glyphosat und Roundup. Glyphosat-Effekte erhöhten das Auftreten von Zelltumoren und Adenomen der Bauchspeicheldrüse, einen Anstieg von Magenschleimhaut- und Nierenentzündungen bei Jungtieren. Zell- und gentoxische Effekte fanden sich auch in Versuchen mit menschlichen Zellen. So wurden vermehrt Chromosom-Aberrationen (Abbildungsfehler anm. d. Red.) nachgewiesen. Vor kurzem veröffentlichte Untersuchungen von Benachour belegen, dass sowohl Glyphosat als auch Roundup menschliche Embryonalzell-Linien sowie

Plazenta-Zellen schädigen und zwar bei Konzentrationen, die deutlich unter den für die Nutzung empfohlenen Werten liegen.

Diese Pestizide stehen daher im Verdacht, die menschliche Fortpflanzung und Embryonalentwicklung zu stören.

Glyphosatrückstände in Gen-Sojabohnen können daher auch die Mikroorganismenflora im Magen-Darm-Trakt von Mensch und Tier beeinträchtigen. Nachweislich bindet Glyphosat auch Spurenelemente z. B. Eisen und Mangan im Boden und unterbindet deren Transport von den Wurzeln bis in die Pflanzensprosse. Dänemark hat 2003 ein Verbot dieses Pestizids ausgesprochen. In Israel darf Glyphosat auf sandigen Böden nach Wartezeiten von mehreren Jahren wieder ausgebracht werden. In Brasilien und den USA hat die Behandlung mit Glyphosat in den Folgejahren zu einem erheblichen Ertragsrückgang bei Sojabohnen geführt. Inzwischen gibt es 13 Pflanzen, die gegen Glyphosat resistent sind.

Fazit: Der Gebrauch von Glyphosat gefährdet die Gesundheit von Mensch und Tier, führt zu höherem Verbrauch und reduziert die Bodenfruchtbarkeit sowie Biodiversität. Darüber hinaus wirkt es sich negativ auf die bäuerliche Landwirtschaft und ländliche Bevölkerung aus.

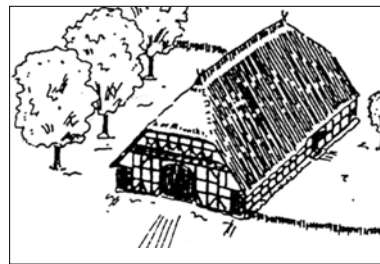
Imke Fiegenbaum

Landtagswahl

Was habe ich mich geärgert an diesem Wahlabend. Dass es im Bund für Schwarz-Gelb reichen würde, war ja früh klar. Ich hatte Zeit, mich an den Gedanken zu gewöhnen, obwohl es nicht ganz leicht war. Immerhin stellt die FDP Schleswig-Holsteins mit Christel Happach-Kasan die wahrscheinlich hartnäckigste Lobbyistin der Grünen Gentechnik, die gleichzeitig Bundestagsabgeordnete sein darf. Die war bisher schon unerträglich. Wahrscheinlich hört sie jetzt gar nicht mehr auf zu sabbeln. Vom Bauernverband wird sie immer sehr umschleimt. Dass aber Schleswig-Holstein nun auch bald eine schwarz-gelbe Landesregierung haben wird, das schmerzt mich schon. In diesem Falle weniger wegen der FDP. Was Agrarpolitik angeht, ist der Unterschied zwischen schwarz-roter und schwarz-gelber Politik ohnehin marginal. Der SPD gingen die Bauern ja schon immer am Hintern vorbei. Das

ist bei der FDP nicht anders.

Viel schlimmer ist, dass wir nicht einmal die miesen Leute los werden. Die CDU hat zwar neun Prozent verloren, aber wen kümmert das? Sie rufen: „Gewonnen, gewonnen!“ Und machen weiter wie bisher. Peter Party Carstensen ist ja eigentlich Landwirtschaftsschullehrer. Schon als solcher soll er nicht gut gewesen sein. Und er führt sein Land auch wie eine Landwirtschaftsschulklasse: Immer mal



... aus Schleswig-Holstein

einen lockeren Spruch bringen, und immer schön einen mitsaufen. Er war sogar in Wacken. Sein Verhalten nach der Wahl gleicht auch dem eines schlechten Lehrers. Ein Schuljahr ist vorbei. Ein neues fängt an. Da kann er all die lockeren Sprüche noch einmal bringen. Merkt ja keiner. Denkt er. Die Frage nach persönlichen Konsequenzen für einen Verlust von neun Prozent hat er nicht einmal verstanden. Mit großen Augen glotzte er den Journalisten an, der ihn das gefragt hatte. Sein Blick war ein einziges: „Hä?“ Und auch der lange CDU-Landwirtschaftsminister Christian von Boetticher bleibt uns erhalten. Hurra. Von Milchbauern wird er wahlweise „Das lange Elend“ oder „Averell Dalton“ genannt. Was er macht, macht er falsch. Man kann nur hoffen, dass er möglichst untätig bleibt.

Beispiel Milch. Andauernd stehen die Milchbauern vor dem Kieler Landwirtschaftsministerium und protestieren. „Ihren“ Minister haben sie dabei noch nie zu Gesicht bekommen. Er stellt sich ihnen einfach nicht. Meist reist er durch Schleswig-Holstein und besucht Wachstumsbetriebe. Da steht er in den großen Stallneubauten und faselt von der „Gunstregion Schleswig-Holstein“, die in der Milchproduktion „gut aufgestellt“ sei. Meine Güte, ist das eine Nervensäge. Er hat nur ein Thema: Die Quote muss weg. Möglichst schnell. In sein Konzept passen die sogenannten „Amokmelker“. Die eigene Quote haben sie verkauft, aber sie melken wie die Blöden. Auf dass wir den Milchpreis ganz runter kriegen. 18 Cent ist noch nicht tief genug. Nirgendwo waren die Milchpreise so weit unten wie in Schleswig-Holstein. Da wundert sich Averell. Gunstregion. Haha. Letzte Woche erst waren wir wieder in Kiel. Symbolisch haben wir vor dem Ministerium den letzten Milchbauern zu Grabe getragen. Den Prozessionszug führte ein Bauer an, der als Ferkelerzeuger und Milchbauer doppelt gestraft ist. Bis zum Morgen war er Bezirksvorsitzender des Bauernverbandes gewesen. Per Fax hatte er alle Ämter niedergelegt, dann war er zur Demo gefahren. Vor dem Ministerium sprach der Staatssekretär. Er beschwerte sich, dass Bauern dem Ministerpräsidenten bei einer Wahlkampfveranstaltung das letzte Hemd vor die Füße geworfen hätten. So könne man mit dem Landesvater nicht umgehen. Ja, verdammt, wie denn, wenn er es nicht begreift? Das letzte Hemd zu werfen ist doch kein Terrorakt!

Was diese Schleswig-Holsteiner Landtagswahl angeht, so gibt es nur einen Trost: Mit Bernd Voß stand ein konventioneller Milchbauer auf Platz 6 der Landesliste der Grünen. Einer von uns. Einer, der auch immer mit draußen stand, vor dem Ministerium. Jetzt kann er dem langen Elend im Parlament erklären, wie seine Politik ankommt, draußen im Lande. Vielleicht hilft das ja.

Ein Bauer (41 Jahre) erzählt...

Geraubte Zukunft: Von der Kontrolle des Saatguts und unserer Ernährung

Ist der Überfluss, den die industrialisierte Landwirtschaft in Ländern wie Kanada produziert, nur eine Illusion und brauchen wir eine landwirtschaftliche Revolution, die sich an Ländern wie Äthiopien orientiert? Der Film gibt einen Rückblick auf die Industrialisierung der Landwirtschaft. In Kanada wird mit einem hohen Energieverbrauch produziert, die Landwirtschaft ist abhängig vom Öl und von teuren Pflanzenschutz- und Düngemitteln. Tery Boehm, kanadischer Bauer und Vizepräsident der National Farmers Union gibt zu bedenken, dass die Farmer in Kanada seit den 80er Jahren unterm Strich nichts mehr verdient haben. Die Gewinne streichen

Andere ein. Seit den 90er Jahren wurde der bäuerliche Nachbau von Saatgut kriminalisiert mit der Einführung von Gentechnik und Patentierung. „Sie stehlen das Erbe der Menschheit und verkaufen es an uns zurück mit hohem Gewinn“, so Farmer Boehm. Immer weniger, immer größere multinationale Firmen bestimmen über Saatgut und Landwirtschaft und kontrollieren unsere Ernährung. Angesichts der Herausforderungen des Klimawandels bedarf es aber einer neuen, vielfältigen, gemeinschaftlichen Landwirtschaft. Denn Vielfalt gibt den Ökosystemen Stabilität und macht sie anpassungsfähig. Nach der Hungersnot vor 20 Jahren ist in Äthiopien

ein letzter Strohalm, denn hier findet keine Entwicklung und Anpassung der Sorten mehr statt, dazu bedarf es des Anbaus durch Bauern.

Der Film, der in Kooperation mit der kanadischen Hilfsorganisation USC entstanden ist, die sich weltweit für den Erhalt der Vielfalt und eine bäuerliche Landwirtschaft einsetzt, spricht eine klare Sprache und lässt viele Experten zu Wort kommen. Leider gibt es bisher nur die englische Originalversion mit deutschen Untertiteln, so dass die ausdrucksstarken Bilder beim Lesen der Untertitel oft zu kurz kommen. Wahlweise bietet die DVD auch die englische Originalversion ohne Untertitel. Unbedingt zweimal anschauen und weiterempfehlen. Der Dokumentarfilm ist für die entwicklungs- und umweltpolitische Bildung bestimmt und wird in Deutschland gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit. *we*

David Springbett: *Hijacked future (Geraubte Zukunft)*, Dokumentarfilm, 45 Minuten, Englisch mit deutschen Untertiteln, dt. Erstaufführung am 04.09.2009 in Hamburg. Die DVD kann für 10,00 € plus 2,00 € Porto bestellt werden bei: BUKO Agrar Koordination, Tel.: 040-392526, www.bukoagrar.de



eine gemeinschaftliche Landwirtschaft entstanden, die die Vielfalt anspruchsloser Sorten nutzt und das traditionelle Wissen der Bauern mit Forschung kombiniert. Die Bauern sind wieder die Hüter des Saatguts und gemeinschaftlich legen sie Saatgutbanken an. So können sich die Pflanzensorten an die sozioökonomischen Bedingungen der Menschen anpassen und Vielfalt wird zur Strategie des Überlebens. Die neue Saatgutbank im Dauerfrostboden von Spitzbergen, in der die Schätze der gesamten Welt derzeit eingelagert werden, ist nur

Natürlich konservieren

Ob marinierte Heringe und Makrelen, Birnenkonfitüre mit Walnüssen, Chuttny aus grünen Tomaten oder einfache, luftgetrocknete Apfelscheiben. Dieses Buch vereint 250 Rezepte, um Obst und Gemüse haltbar zu machen. Allen Rezepten ist gemeinsam, dass die Gartenprodukte so naturbelassen wie möglich konserviert werden, um ein Maximum an Vitaminen und Nährstoffen, aber auch an Geschmack zu erhalten. Die Vielfalt an altbewährten, wie auch ausgefallenen oder so gut wie unbekanntem Konservierungsmöglichkeiten zeigt, wie Obst und Gemüse aus dem eigenen Garten auf schonende Art haltbar gemacht ganzjährig zur Verfügung stehen können. mh

Natürlich konservieren; Terre Vivante (Hrsg.), Ökobuch-Verlag, ISBN 3-936896-10-0, 157 Seiten, 13,90 Euro, zu beziehen über den AbL-Verlag

Holzbacköfen selber bauen

Frisches selbstgebackenes Brot, Hühnchen im Lehm-Mantel, Brotfladen mit Käse oder Flammkuchen aus dem Holzbackofen. Wer es schon mal ausprobiert hat, weiß um das sinnliche Vergnügen bei kulinarischen Genüssen, denen noch die Kraft des Feuers anhaftet. Wie man solche Lehm- und Steinöfen selber bauen kann, wird in diesem Buch beschrieben. Nach

einer geschichtlichen Einführung über die frühen Formen der Backöfen in Ägypten, Nordafrika, Indien und im vorderen Orient werden Backstuben und Backhäuser vorgestellt, wie sie heute zuweilen noch anzutreffen sind. In detaillierten Anleitungen wird der Bau von einfachen, in wenigen Stunden zu realisierenden Lehmöfen bis zum gemauerten Brotbackhäuschen beschrieben. Fotos und Zeichnungen veranschaulichen die Beschreibungen. Daneben finden sich praktische Erfahrungen und Ratschläge für den Selbstbau sowie Tips und Rezepte eines langjährigen Eigenbrötlers. Ein Buch für fleißige Genießer, die sich im Garten selbst einen freistehenden Holzbackofen bauen wollen. mh

„Holzbacköfen im Garten – Bauanleitung für Lehm- und Steinöfen“, Claudia Lorenz-Ladener (Hrsg.), Ökobuch-Verlag, ISBN: 3-922964-69-9, 142 Seiten, 15,90 Euro, zu beziehen über den AbL-Verlag

Holzbacköfen im Garten

Bauanleitungen für Lehm- und Steinöfen



Claudia Lorenz-Ladener, Hrsg.

Pferde-Kalender

Der neue Starke-Pferde-Kalender ist da. Viele wunderschöne Bilder zeigen rund ums Jahr, wie vielfältig die sanften Großen in Landwirtschaft, Show, Sport und Freizeit eingesetzt werden. Ob vor den Pflug gespannt, unter dem Sattel oder frei auf der Weide – die Starken Pferde sind ein echter Hingucker. aj

„Starke Pferde Kalender 2010“, Starke Pferde Verlag, 30,5 x 48 cm, 14 Farbfotos im Großformat, 15 €, zu beziehen über den AbL-Verlag



Unter Bauern

Der beeindruckende Film „Unter Bauern – Retter in der Not“ läuft am 8. Oktober in den Kinos an. Veronica Ferres und Achim Rohde spielen dabei ein jüdisches Ehepaar, das mit seiner Tochter zwischen 1943 und 1945 von mutigen westfälischen Bauern vor den Nazis versteckt und so vor der Deportation gerettet wird. UNTER BAUERN basiert auf den Erinnerungen der heute in Münster lebenden Marga Spiegel, geboren 1912 in Oberaula. In ihrem Bericht, der 1969 als Buch mit dem Titel „Retter in der Nacht“ erschienen ist, schildert sie, wie couragierte Bauern im Münsterland von 1943 bis 1945 ihren Mann versteckt und sie selbst mit ihrer Tochter unter falschem

Namen bei sich aufgenommen haben. Damit gelang den Bauern das scheinbar Unmögliche: Die gesamte Familie zwei Jahre lang zu schützen und vor der Deportation zu bewahren, ohne dafür mit dem eigenen Leben zu bezahlen oder bestraft zu werden. Mit Sinn für das Absurde im Alltäglichen und nicht ohne speziellen westfälischen Humor, schildert UNTER BAUERN diese Überlebensgeschichte. Die Bauern akzeptieren ihre jüdischen Gäste ganz selbstverständlich. Dass sie selbst dabei zu Helden werden, kommt ihnen nicht in den Sinn. Sie sind keine politisch motivierten Fluchthelfer, sondern Menschen, die es einfach gewohnt sind, Situationen, in die sie geraten, ohne lange Diskussionen



Der ehemalige jüdische Pferdehändler Sigmund „Menne“ Spiegel (Armin Rhode) versteckt sich bei Bauern im Münsterland vor den Nazis.

zu bewältigen, nur geleitet von ihren moralischen Wertvorstellungen. Bei der Vorstellung des Films in Locarno war auch die jetzt 97jährige Marga Spiegel dabei, die diese Geschichte aufgeschrieben hat, ebenso Anni Aschoff, die Tochter der mutigen Bauernfamilie. en

Für alle Kinobegeisterten: der Filmstart ist der 8. Oktober

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht
bitte ankreuzen

Ausgabe: 2009 2008 2007 2006 2005 2004 2003
19,80 € 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

.....Expl. Aus dem Moor,	Stückpreis 11,00 € NEU!
.... Expl. Ein Bauer erzählt,	Stückpreis 10,00 € NEU!
.... Expl. Schubkarrenrennen,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben	Stückpreis 27,40 €
.... Expl. Bewegte Zeiten,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. Der Wollmützenmann,	Stückpreis 11,90 €
.... Expl. Matthias Stührwoldt live, CD,	Stückpreis 13,90 €
.... Expl. Verliebt Trecker fahren,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag	Stückpreis 3,- €
.... Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage)	Stückpreis 3,50 €

weitere Bücherwünsche:

zugl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

Kurzes am Rande

Anleitung zum Entdecken

Pfeil und Bogen schnitzen, Insekten fangen und unter die Lupe nehmen, mit Holunderbeerfarbe auf Bäume malen, aus Holz oder Steinen Figuren bauen und die Natur dabei spielerisch entdecken. Dieses Buch bietet viele Anregungen und Ideen für Spiele in jeder Jahreszeit, Gestaltungen mit Naturmaterialien und Aktivitäten im Wald, am Strand oder auf der Sommerwiese. Die Anleitungen zum Selbermachen und Entdecken werden begleitet von bunten Fotos. Geeignet ist das Buch für Eltern und ihre Kinder, Betreuer oder LehrerInnen. Das Buch bietet einige ungewöhnliche Ideen und Anreize für Kinderspiele in der freien Natur. Ein wenig Kreativität, Interesse und Zeit, um die Wunder und Möglichkeiten der Natur selbst zu entdecken, macht dieses Buch jedoch überflüssig. mh

„Spielplatz Natur – Mit Kindern die Natur spielerisch entdecken, erleben und gestalten“, Fiona Danks, Jo Schofield, ISBN: 978-3-03800-379-3, AT-Verlag, 192 Seiten, 270 Farbfotos, Format 19,2 x 24,5 cm, 19,90 Euro



Bäume unter der Lupe

Es gibt Bäume in Kalifornien, die werden bis zu 112 Meter hoch. Das ist höher als die Freiheitsstatue von Amerika. Andere haben einen Umfang von 32 Metern. Die Grannenkiefern in den White Mountains der USA werden über 4.000 Jahre alt. In diesem Buch werden solche Daten der Superlative unter den Bäumen nur am Rande behandelt. Hauptsächlich wird die Biologie unserer Gehölze in all ihren Facetten beschrieben. Dargestellt wird der Keimvorgang, das Wachstum in die Höhe und die Funktion der drei Grundorgane Sprossachse, Blatt und Wurzel in allen Einzelheiten. Beschrieben wird, wie der Baum das aufgenommene Wasser und die gebildeten Nährstoffe, insbesondere die Kohlenhydrate leitet und verwertet. Wie er sein Wachstum über Phytohormone steuert und Bäume sich fortpflanzen, vermehren und verbreiten. Begleitet werden die ausführlichen Beschreibungen und komplexen Prozesse von zahlreichen Abbildungen und Fotos. Angehende und fortgeschrittene Gehölzkundler werden ebenso angesprochen wie naturinteressierte Laien, die mit diesem Buch einen Blick auf unsere Bäume durch die Brille eines Wissenschaftlers der Forstbotanik erhalten. mh

„Warum Bäume nicht in den Himmel wachsen – Eine Einführung in das Leben unserer Gehölze“, Dietrich Böhlmann, Quelle & Meyer Verlag, ISBN:978-3-494-01420-3, 384 Seiten, Einführungspreis € 19,95 (später € 24,95), zu beziehen über den Abl-Verlag

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,-€); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de, Anzeigenschluss für Bauernstimme November 2009 ist am 17. Oktober 2009.

Hof und Arbeit

● Tierarztpraxis mit großem Nutztieranteil in Rinderzuchtgebiet mit bäuerlicher Landwirtschaft im Biosphärenreservat Rhön an entsprechend interessierte(n) Kollegin(en) abzugeben. Feiertags- und Nachtdienst und gegenseitige Vertretung mit Nachbarpraxis bewährt geregelt.
☎ 06656-8830

● Kleinballen Stroh (Weizen, Triticale- und Gerstenstroh) zu verkaufen. Anlieferung auf Wunsch möglich.
☎ 02426-4052

Tiermarkt

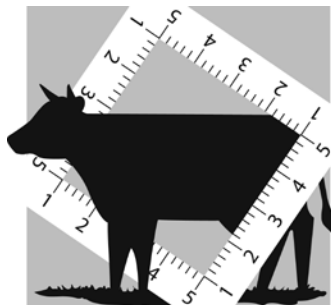
● Verkäufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

● Reico-Hunde- und Katzennahrung – von TASSO empfohlen. Feucht- und Trockennahrung ohne chemische Zusätze. Bundesweiter Lieferservice. Erika Sievers und Wilfried Durchholz, ☎ 04166-1422. Infos: www.reico-buxtehude.de

Landwirtschaftstagung 9. und 10. Oktober 2009



Gemeinsame Veranstaltung von Agrarbündnis, Dienst auf dem Lande der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck und der Evangelischen Akademie Hofgeismar.



Zukunftsfähige Landwirtschaft

Praxis, Wissenschaft und Verbände im Dialog

Welche Kooperationen braucht es, um eine bäuerliche, ökologische und vielfältige Landwirtschaft zu unterstützen?

Anhand konkreter landwirtschaftlicher Themen soll untersucht werden, wie Fragen, die die Praxis beschäftigen, von Verbänden und Forschung aufgegriffen und gemeinsam bearbeitet werden können.

Die Tagung will einen Impuls für die Gründung eines Netzwerkes jener geben, die sich einer praxisorientierten und anwendungsbezogenen Wissenschaft verbunden fühlen.

Mit Benny Härlin, Zukunftsstiftung Landwirtschaft; Prof. Jürgen Heß, FB Ökologische Agrarwissenschaften Uni Kassel; Nikolai Fuchs, Anthroposophische Forschungsgesellschaft; Siegfried Jäckle, Agrarbündnis und Forum Pro Schwarzwaldbauern sowie weiteren Referenten in den Arbeitsgruppen: Betriebsformen und Ökonomie (Elmar Möckinghoff, Prof. Onno Poppinga, Friederich Wilhelm Graefe zu Baringdorf), Nachhaltige Bodenbewirtschaftung (Josef Braun, Birgit Wilhelm, Prof. Hubert Weiger), Tierzucht und Tierhaltung (Niels Odefey, Anita Idel, Jochen Dettmer), Lebensmittelqualität (Tobias Schüller, Prof. Ton Baars, Marc Albrecht-Seidel)

Anmeldung: Evangelische Akademie, Fax: 05671 881-154. ev.akademie.hofgeismar@ekkw.de, www.akademie-hofgeismar.de, Auskunft zu inhaltlichen Fragen: Tel: 05671 881-122

Veranstaltungen

Kartoffelfest für die Vielfalt

10. Oktober 2009, Järkendorf
Die Initiative „Frauen für die Vielfalt“ lädt zu einem informativen und kurzweiligen Nachmittag mit Fotoausstellung, Präsentation von ca. 40 Kartoffelsorten und Mitmachaktionen für Kinder. Die Biobäuerin Doris Tröppner berichtet vom bäuerlichen Anbau verschiedener Kartoffelsorten. Die Journalistin Jutta Sundermann, Mitbegründerin von Attac in Deutschland und der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie, zeigt am Beispiel von Linda, warum das Verschwinden einer Kartoffel zum Beispiel wurde für die Kehrseite von Sortenschutz und Patenten in der Landwirtschaft. 14 bis 19 Uhr auf dem Naturhof Tröppner in Järkendorf. Um die Planung zu erleichtern, bitte anmelden bei Frau Tröppner, ☎ 09382 6275 oder per Mail unter frauen-fuer-die-vielfalt@freenet.de. Kurzschriftgeschlossene sind selbstverständlich auch ohne Anmeldung herzlich willkommen.

Percy Schmeiser kommt nach Rostock!

14. Oktober 2009, Rostock
Percy Schmeiser, kanadischer Farmer, Gentechnikgegner und alternativer Nobelpreisträger 2007 kommt auf Einladung des BUND nach Rostock. Die Veranstaltung findet im großen Hörsaal der landwirtschaftlichen Fakultät um 19.30 Uhr statt. Organisation und Programm: Dr. B. Roloff (BUND), ☎ 0385-52133913.

Herausforderung Wasser

15. Oktober 2009, Berlin
Brauchen wir eine blaue Revolution? ist Thema der Herbsttagung des Bunds Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW). Wasser ist die Grundlage allen Lebens. Zwei Drittel der Wasserressourcen werden in der Landwirtschaft verbraucht. Wie wohl kein anderer Wirtschaftszweig ist sie auf eine ausreichende Wasserverfügbarkeit und einen nachhaltigen Umgang mit den globalen Wasserressourcen angewiesen und damit maßgeblich für den Schutz dieser Ressource verantwortlich. Vorträge von Prof. Dr. Joachim Müller, Uni Hohenheim; Dr. Dieter Gerten, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung; Dr. Urs Niggli, FiBL; Dr. Michael Brüntrup, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik; Danuta Sacher, Terres des hommes Deutschland. Politische Diskussionsrunde mit Parl. Staatssekretär Michael Müller (BMU), Parl. Staatssekretärin Karin Kortmann (BMZ), Ulrike Höfken (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Michael Brüntrup (DIE), Dorothea August (WWF), Dr. Felix Prinz zu Löwenstein (BÖLW). Anmeldung bis zum 8. Oktober unter www.boelw.de/herbsttagung.html, Kontakt: BÖLW, ☎ 030 28482-327, Fax: -309, mail@boelw.de

Monsanto auf Deutsch

15. Oktober 2009, Hamburg
Seilschaften der deutschen Gentechnik – Vortrag und Diskussion mit Jörg Bergstedt, Autor der Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“. Er durchleuch-

tet die Seilschaften zwischen Behörden, staatlicher und privater Forschung, Konzernen und Lobbyorganisationen, wirft einen Blick auf die Genehmigungsbehörde BVL (Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit) und deren Beratungsstellen JKI und ZKBS. Den Abschluss bildet ein Ausblick auf Möglichkeiten des Widerstandes. 19 Uhr im Saal der Werkstatt3, Nerstweg 32, 22765 Hamburg. Kontakt: BUKO Agrar Koordination, ☎ 040-392526, Fax: -39900629, www.bukoagrarrar.de

3. Sozialforum in Deutschland

15. bis 18. Oktober, Hitzacker
Unter dem Motto: „Die Krise hat einen Namen: Kapitalismus. – Eine andere Welt ist möglich!“ soll im Anschluss an das Weltsozialforum 2009 in Belem über Ursachen der globalen Wirtschaft- und Finanzkrise diskutiert und Wege zu ihrer Überwindung gesucht werden. Wenige Wochen nach der Bundestagswahl soll durch 1.000-2.000 erwartete TeilnehmerInnen ein breiter zivilgesellschaftlicher Protest ausgehen: gegen umweltzerstörende Technologien und die menschenverachtende Spaltung der Gesellschaften in Arm und Reich – für eine wirksame Friedens- und Klimapolitik.

Unsere Vorstellungen von einer anderen Welt werden wir in einer Demonstration am 17. Oktober ab 13.30 Uhr lautstark auf die Straße bringen. Die Programmübersicht wird unter: www.sozialforum2009.de ständig aktualisiert.

Höfe übergeben / übernehmen

30. Oktober 2009, Loccum
Das Seminar zeigt Wege zur inner- und außerfamiliären Hofnachfolge anhand praktischer Beispiele und Fachbeiträgen. Es richtet sich an interessierte Bäuerinnen und Bauern, die sich mit der zukünftigen Weiterführung oder auch Aufgabe ihres Betriebes auseinandersetzen und an junge Menschen, die aktiv in die Landwirtschaft einsteigen möchten. Thematisiert werden rechtliche Grundlagen, Gestaltungsmöglichkeiten, Verträge ebenso wie zwischenmenschliche Aspekte. Anmeldung bis 26.10. im Bioland Tagungsbüro, ☎ 04262 9590-70, Fax: -66,

Biogas INTENSIV

02. bis 06. November 2009, Wolpertshausen
Pro Tag ein Modul, die auch einzeln buchbar bzw. beliebig kombinierbar sind: Prozessbiologie, Vergärung von Bioabfällen und Speiseresten, BMKW, sicherer und EEG-konformer Anlagenbetrieb, Vertragsgestaltung und betriebswirtschaftliche Optimierung. www.biogas-intensiv.de/herbstkurs2009. Internationales Biogas und Bioenergie Kompetenzzentrum IBBK, ☎ 07954 92620-3, Fax: -4

Perspektiven und Potenziale metropolnaher ländlicher Regionen

12. November 2009, Frankfurt/Main
Vorgestellt werden die Regionalparks in Brandenburg und Berlin, die Metropolregionen Rhein-Main, Rhein Neckar, Nürnberg sowie landwirtschaftliche Wirtschaftsgemeinschaften und regionale Wertschöpfungsnetzwerke.

Anmeldung unter: www.ifls.de oder: Institut für ländliche Strukturforchung, Fax: 069 777784

Bricht die Gesellschaft auseinander?

12. und 13. November 2009, Bad Herrenalb
Ländliche Regionen und die Landwirtschaft leben von gelingender Nachbarschaft. In den letzten Jahren ist diese aber durch unterschiedliche Ziele und Wertvorstellungen unter Druck geraten. Es kommt zu Konflikten. Nun bedarf es kreativer Konsensfindungsprozesse, um der zukünftigen Entwicklung im Ländlichen Raum positiv zu begegnen. Wie sie zu finden sind und welche Strategien Zukunft gelingen lassen, ist Thema dieser Tagung. Evangelische Akademie Baden, ☎ 0721 9175-352, Fax: -25-352, www.ev-akademie-baden.de

Höfe übergeben, übernehmen

13. bis 15. November 2009, Eisenach
Das Seminar zeigt Wege zur inner- und außerfamiliären Hofnachfolge. Neben Erfahrungsberichten gibt es Infos zu gemeinnütziger Trägerschaft und alternativen Finanzierungsinstrumenten von Matthias Weiler, GLS Bank; zur rechtlichen Gestaltung von Rechtsanwalt Dr. Bernd von Garmissen, Landvolk Südniedersachsen; zu Fördermöglichkeiten und Beratung von Hans-Gerhard Franz, Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen. Bioland Tagungsbüro, ☎ 04262 9590-70, Fax: -66, tagungsbuero@bioland.de

Bauern- und Imkertag „Keine Gentechnik“

18. November 2009, Bockelwitz
Der dritte Bauern- und Imkertag des Aktionsbündnisses für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Sachsen steht unter dem Motto „Keine Gentechnik-Zukunft für unsere Lebensmittel“. Benedikt Haerlin von der Zukunftsstiftung Landwirtschaft wird die politische Situation nach der Bundestagswahl 2009 mit Blick auf die europäische und weltweite Entwicklung analysieren. Weitere Referenten sind: Alexander Beck vom Büro Lebensmittelkunde & Qualität und Manfred Hederer, Vorsitzender des deutschen Berufs- und Erwerbsimkerverbandes.

10 bis 17 Uhr in der Kulturscheune Bockelwitz in Bockelwitz. Programm unter www.sachsen-gentechnikfrei.de, Kontakt: Ökolöwe-Umweltbund Leipzig e.V., Urte Grauwinkel, ☎ 0341 3065-381, Fax: -179

Agrarpolitische Tagung und Bundesmitgliederversammlung 2009

Politische und gesellschaftliche Herausforderungen für eine bäuerliche Zukunftslandwirtschaft

Fr., 20. bis So., 22. November 2009
Evang. Landjugendakademie Altenkirchen/Westerwald

Agrarpolitische Tagung in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Landjugend

Freitag, 20. November 2009

17.30 Uhr: Anreise. 18.00-19.00 Uhr: Abendessen

19.00 Uhr: Auftaktdiskussion mit interessanten Referenten:

Bäuerinnen und Bauern im Kampf für faire Preise und um ihre Existenz

Samstag, 21. November 2009

9.00 Uhr: **Diskussions-Foren:**

Milch, EU-Agrarreform, Schweine, Blauzungenimpfung, Gentechnik/Patente, Junge Bäuerinnen und Bauern

Nachmittags: AbL-Bundesmitgliederversammlung 2009

Kurzbericht des Verlages, Rechenschaftsberichte: Finanzbericht, Geschäftsführung, Bundesvorstand, politische Aussprache, Anträge

Sonntag, 22. November 2009: Andacht, Frühstück, Abreise

Antragsschluss: 15. Oktober 2009 (an die AbL-Bundesgeschäftsstelle)
AbL e.V., Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221 oder Fax: 04131-407758

Vorankündigung
Programm in der
nächsten Ausgabe



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/988360, Fax: 05865/988361
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774
Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247
Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215
Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel.: 05484/657

Hessen

Ortenberg: Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, amkloster@t-online.de;
Ebsdorfergrund: Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, biohof-claar@freenet.de;
Breitenbach a. H.: Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, k.s.vetter@t-online.de;
Knüllwald-Red.: Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, k.hellwig@web.de;
Homburg-Mü: Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, gross2607@aol.com

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;
Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218

Baden-Württemberg

Landesverband: Jochen Fritz, Telefon: 0171-8229719, e-mail: fritz_jochen@web.de
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Wolfgang König, Tel.: 09921/2843, e-mail: abl-bayern@web.de; Edith Liersch, Tel.: 08562/870
Geschäftsstelle: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, www.abl-bayern.info
Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach: Andreas Rimmelberger, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635
Regionalgruppe Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725/304; konrad.zanklmaier@vr-web.de
Landschut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194/8480; Anton Prechtel, Tel/Fax: 09265/7198

Sachsen/Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg, Tel.: 037323/50129, Fax: 037323/15864



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221,
E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugengebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

Adi Lambke, Tel.: 05864/233; Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529

Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273; Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161, Fax: 033704/66162

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annamarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg
Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de



Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 90,00 Euro
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 125,00 Euro
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
 Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 35,00 Euro
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 60,00 Euro
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 1,- Euro

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort: _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Werte deutsche Milchbauern, ich grüße Euch hier aus Berlin. Heute war die Wahlkampfschlussveranstaltung von Kanzlerin Merkel. Der BDM hat hier eine kleine Aktion gemacht. Wir haben darauf hingewiesen, dass allein in den letzten Monaten 3.000 deutsche Milchviehbetriebe schließen mussten aufgrund einer ruinösen Politik. Die Wahlkampfschlussveranstaltung ist für uns, für die Milchbauern, für den BDM aber gleichzeitig Auf-

taktveranstaltung, um in den nächsten Tagen und Wochen gemeinsam für unsere Ziele zu kämpfen. Wir sind ein unglaubliches Stück voran gekommen. Jetzt gilt es, miteinander für unsere Ziele einzutreten. Miteinander dafür zu sorgen, dass das, was unsere Kollegen in den letzten 14 Tagen geleistet haben, die viele Milch, die weggeschüttet werden musste, um diese Entwicklung so auf den Weg zu bringen, dass dieser Einsatz nicht umsonst war. Ich

zähle auf alle. Es sind wirklich alle deutschen Milchbauern aufgefordert, in den nächsten vierzehn Tagen oder wenn es sein muss drei Wochen mit gemeinsamen Aktionen, mit Demonstrationen, mit gemeinsamen Veranstaltungen für unsere Sache einzutreten. Wir wissen die Bevölkerung hinter uns und ich bin überzeugt, dass wir es gemeinsam schaffen können. Packen wir es an! Der Sieg wird unser sein! Dankeschön

Trauerrede

Fassungslos stehen wir hier vor 3.000 Lichtern, die das Sterben von 3.000 Milchviehbetrieben allein in den letzten sechs Monaten in Deutschland symbolisieren. Licht – normalerweise Symbol des Lebens – steht heute für den sinnlosen Tod unserer lieben Mitbürger und ihrer 3.000 Milchviehbetriebe. All diese Betriebe mussten sterben. Sie wollten nicht sterben! Sie haben lange gegen diesen sinnlosen Tod gekämpft. Sie haben das Letzte gegeben und am Schluss doch verloren. Sie bezahlten brav ihre Steuern, investierten jeden Euro in die regionale Wirtschaft und sicherten damit Tausende von Arbeitsplätzen in unserem Land und in den Regionen. Sie arbeiteten 365 Tage im Jahr, fleißig und unermüdlich bei Tag und bei Nacht, um uns alle ernähren zu können. Sie taten genau das, was ihnen die Behörden, was ihnen die Politiker und Berater empfohlen hatten, nämlich ihre Betriebe zu vergrößern, zu spezialisieren, nach vorne zu gehen, in die Zukunft zu investieren und somit auch eine Zukunft zu haben. Im guten Glauben an die Verlässlich-



keit von Politik und Rahmenbedingungen haben diese Betriebe alles gemacht, was man ihnen empfohlen hat und haben ihr Letztes dafür gegeben. Zum Dank wurden sie ruiniert durch die eigene Politik, durch Gleichgültigkeit und Betonkopfdanken der verantwortlichen Politiker. Es muss für uns Verpflichtung sein, den Kampf derer, die leider schon aufgeben mussten, weiter zu führen, zum Erfolg zu führen, und ich rufe von hier aus die verantwortlichen Politiker auf: Wacht endlich auf! Seht das Sterben der Milchviehbetriebe! Nehmt endlich eure Verantwortung wahr, um für die Gesellschaft und für das Volk, so wie ihr es geschworen habt, einzutreten und die Dinge zu regeln. Es ist ganz einfach. Es braucht kein Geld. Es ist sofort und sehr schnell umzusetzen. Es braucht nur etwas guten Willen!

Zu sehen und nach zu hören unter: http://www.bdmv.de/flow-player/berlin-merkel26_09_2009.htm

unabhängige Bauernstimme: alles andere als schwarz(-gelb)

10/2009

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetantin / des Abonnetanten Datum Beruf
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
 oder Fax 02381 / 492221